

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den ersten Teil der 25. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 18. bis 21. Juni 1979

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Politische Fragen** (Die Rolle Afrikas in einer europäischen Sicherheitspolitik; politische Voraussetzungen für eine europäische Rüstungszusammenarbeit; die verschiedenen Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 23, 28),
Frau von Bothmer (S. 27)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 334 betr. die verschiedenen Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten (S. 31)

Empfehlung 335 betr. die politischen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung (S. 30)

- **Bericht des Rates der Westeuropäischen Union** (24. Jahresbericht des Rates für die Versammlung; die politische Tätigkeit des Rates der WEU — Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates; die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates; Wissenschafts-, Technologie- und Raumfahrtfragen — Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates)

Hierzu sprachen die Abg. Scheffler (S. 8, 9, 10), Dr. Enders (S. 10), Frau von Bothmer (S. 8, 11), Dr. Vohrer (S. 7)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 330 betr. die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates (S. 11)

Empfehlung 331 betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates (S. 12)

Empfehlung 332 betr. Wissenschafts-, Technologie- und Raumfahrtfragen — Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates (S. 13)

- **Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt** (Die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit)

Beschluß der Versammlung

Empfehlung 329 betr. die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit

- **Verteidigung** (Das Gleichgewicht der Kräfte; Studie über die kollektive logistische Unterstützung; Parlamente und Rüstungskäufe)

Hierzu sprachen die Abg. Pawelczyk (S. 13, 20), Böhm (S. 16), Reddemann (S. 17), Handlos (S. 18), Dr. Mende (S. 19), Dr. Müller (S. 19)

Beschlüsse der Versammlung

Richtlinie 51 betr. eine Studie über die kollektive logistische Unterstützung

Empfehlung 333 und Entschließung 63 betr. Parlamente und Rüstungskäufe

- **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten betr. die Information über Verteidigungsfragen für Parlamentsmitglieder)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Abg. Kai-Uwe von Hassel (CDU/CSU) wurde zum Präsidenten der Versammlung wiedergewählt. Erneut gewählt wurden Abg. Frau von Bothmer (SPD) zur Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Abg. Alber (CDU/CSU) zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und Abg. Lenzer (CDU/CSU) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt.

Den 24. Jahresbericht des Rates erstattete dessen amtierender Vorsitzender, der luxemburgische Premierminister und Außenminister Gaston Thorn. Zur Versammlung sprachen ferner der französische Staatssekretär beim Premierminister, Pierre Aigrain, und der niederländische Verteidigungsminister, W. Scholten.

Als Beobachter nahmen an den Verhandlungen teil: Senator Descamps, Staatsminister (Belgien), und das ehemalige Mitglied der Versammlung, Sir Geoffrey de Freitas.

Bonn, den 3. Juli 1979

Gerhard Reddemann

Stellvertretender Sprecher

Dr. Manfred-Achim Geßner

Sprecher

Montag, 18. Juni 1979

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des wiedergewählten
Präsidenten der Versammlung,
Kai-Uwe von Hassel**

(Übersetzung aus dem Englischen)

Meine Damen und Herren! Das Problem, wie man Frieden und Ordnung in der Welt sichert, kennen die Europäer seit dem Fall des Römischen Reiches. Es ist jetzt sehr dringend, eine Lösung zu finden, da das Überleben unserer Zivilisation an sich auf dem Spiel steht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter dem Schutz der Vereinten Nationen eine neue internationale Ordnung geboren. Angesichts ihrer sinkenden Stärke und der gigantischen sowjetischen Bedrohung überließen die Westeuropäer den Vereinigten Staaten die Rolle des Hüters der internationalen Ordnung, die sie, geteilt, nicht spielen konnten. Unser großer amerikanischer Verbündeter erklärte sich seinerseits auf dem Gipfel seiner Macht bereit, sich nunmehr mit der Aufgabe vertraut zu machen, die sowjetische Expansion im Zaum zu halten und Unruhen in der Welt zu verhindern.

Diese Aufgabe lastet jetzt schwer auf Präsident Carter. Das von der Sowjetunion erzielte strategische Gleichgewicht, das Auftauchen einer großen neuen militärischen Macht in China, die Ausweitung regionaler Feindseligkeiten und die Entdeckung der ölproduzierenden Länder in jüngster Zeit, daß sie wirtschaftlich und damit politisch stark sind, haben die Risiken vergrößert, die jede internationale Maßnahme in sich birgt.

Außerdem können die unterschiedlichen Interessen zwischen bestimmten europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten in bezug auf Währungsangelegenheiten, Öl, Atomenergie und die Flugzeug- oder Raumfahrtindustrie unsere Länder dazu zwingen, ihre eigenen Interessen nachhaltiger zu verteidigen.

Kurz gesagt, in einem politischen Gefüge, das außerordentlich komplex geworden ist, müssen die Europäer die ihnen obliegende Rolle neu überdenken und sie müssen einen Teil der Last wieder übernehmen, die sie abgeschüttelt haben.

Es gibt deshalb keine vordringlichere Aufgabe für unsere Versammlung, als die neuen Bedingungen für die europäische Sicherheit festzulegen. Wie schwierig dies auch sein mag, wir müssen unsere Fähigkeit demonstrieren, eine Aufgabe zu bewältigen, die allein die unsrige ist. Unser Schweigen wäre schuldbeladen, wenn es den Vertretern unserer sieben Parlamente in der Parlamentarischen Versammlung, die offiziell für Verteidigungsangelegen-

heiten zuständig ist, nicht gelänge, einen feierlichen Appell an die Regierungen zu richten, ihre Bemühungen zu konzertieren, um im Rahmen des Atlantischen Bündnisses und in der freien Welt eine Rolle zu spielen, die für unser gemeinsames Heil von wesentlicher Bedeutung ist.

Wir wollen uns jetzt mit den Bedrohungen befassen, denen wir ausgesetzt sind, ehe wir die Mittel untersuchen, mit denen wir ihnen begegnen können.

Napoleon sagte, Krieg sei ein einfacher Akt, nur eine Sache der Durchführung. Ich bin nicht sicher, ob er Recht hatte. Allermindestens vereinfacht Krieg die Sache, weil er dazu führt, daß Bündnisse gebildet werden, und weil er die Konfrontation zwischen zwei Seiten, die sich einander in einem einzigen Konflikt gegenüberstehen, auf eine einzige begrenzt.

Ebenso war die internationale Politik in den Tagen des Kalten Krieges einfacher; sie war durch die sehr steife Opposition zwischen den beiden Blöcken, die sich gebildet hatten, gekennzeichnet. Es genügt, an die Berlin-Blockade und an den Korea-Krieg zu erinnern. Die heutige Welt ist nicht friedlicher; sie ist komplexer. Die Ursachen für die Spannung beschränken sich nicht mehr auf die Aggressivität einer Großmacht. Viele Machtzentren unterschiedlicher Bedeutung prallen aufeinander oder schließen Bündnisse in wechselnden Formen und die Zusammenstöße zwischen Ost und West sind indirekter geworden. Wir sind in das Zeitalter der Multipolarität eingetreten.

Mehr als den wirtschaftlichen Erfolg der Europäischen Gemeinschaft und Japans bedeutet Multipolarität das ideologische Scheitern der Sowjetunion. Chinas Trennung von dem, was der Ostblock war, ist wahrscheinlich das wichtigste Merkmal der Nachkriegsgeschichte. Dieses ideologische Scheitern drückt sich auch in den nationalen Forderungen der nichtrussischen Bevölkerungen aus, in der Art und Weise in der der Papst vom polnischen Volk begrüßt wurde und in dem Aufstand der Intellektuellen gegen die Unterdrückung der Freiheit. Es geht Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Mißerfolg der durch eine sinkende Zuwachsrates des Bruttosozialprodukts und eine zunehmende Verschuldung gekennzeichnet ist.

Die Rückschläge der Sowjetunion tragen nicht zu unserer Sicherheit bei; für die Kreml-Führer bedeutet das vielmehr, den Zusammenbruch des sowjetischen Systems durch den Aufbau der militärischen Stärke abzuwenden. Ihre Rückschläge könnten damit meines Erachtens die Instabilität begünstigen.

Nachdem die Sowjetunion die strategische Parität mit den Vereinigten Staaten erreicht hat, scheint sie zu versuchen, ihre Vorherrschaft aufzubauen und wendet demzufolge ihre gesamten Bemühungen der technischen Erneuerung zu. Ihre Marine fährt jetzt über alle Weltmeere. Ihre Streitkräfte sind in der Lage, in jeden Konflikt einzugreifen, egal welche Seite der Kreml zu unterstützen geruht. Ihre Waf-

fen und Militärberater sind jetzt in Gebieten im Einsatz, die so weit von den sowjetischen Grenzen entfernt sind wie etwa Ogaden und Eritrea. Die Militärhilfe an Kuba ermöglicht eine Intervention in Angola mittels kubanischer „Freiwilliger“. Die Unterstützung an Vietnam garantiert den sowjetischen Machthabern bevorzugte Stützpunkte in jeder künftigen Aktion in Südostasien.

Kurz gesagt, der Kreml ist der Auffassung, daß die Haupttrumpfkarte der Sowjetunion im Falle ernsthafter internationaler Schwierigkeiten in ihrer militärischen Stärke liegt. Dieser Glaube ist gefährlich, wenn sich die Kämpfe in der ganzen Welt ausweiten und das Wettrüsten weiter anhält. In Afrika bieten ethnische oder religiöse Konflikte, Rassenprobleme und Zweifel über die Staatsgrenzen, die nach der Dekolonialisierung errichtet worden sind, der Sowjetunion viele Möglichkeiten zum Eingreifen. In Asien hat die Spannung zwischen China, das entschlossen ist, seine neue Macht spüren zu lassen, und Vietnam, mit seiner zu großen Armee und in dem Bestreben, seinen Einfluß auf die gesamte indochinesische Halbinsel auszudehnen, bereits einen kurzen Krieg entfacht, in dem es den kriegführenden Parteien gelang, sich genügend Zurückhaltung aufzuerlegen, um zeitlich, gebietsmäßig und im Einsatz von Waffen bestimmte Grenzen einzuhalten.

Weiter im Westen kann der latente Konflikt zwischen Indien und Pakistan und der Wunsch Pakistans, sich die Möglichkeit vorzubehalten, Kernwaffen zu erwerben, die Indien bereits zur Verfügung stehen, jeden Augenblick zu unvorgesehenen Entwicklungen führen.

Aber die ernsthafteste Gefahr für uns ist der Nahe Osten. Experten sind der Ansicht, daß die Ölknappheit die Sowjetunion in einigen Jahren erreicht, wenn ihre militärische Stärke auf Grund ihrer derzeitigen eifrigen Bemühungen ihren Zenit erreicht haben wird. Die Versuchung der sowjetischen Machthaber, ihren Einfluß in einem politisch instabilen Gebiet zu erweitern, in dem ein Großteil der Ölreserven der Welt zu finden ist, wird dann äußerst groß sein.

Wir müssen unsere völlige Aufmerksamkeit deshalb zu allererst diesem Gebiet zuwenden, dessen Ressourcen für unsere Wirtschaft und die Erhaltung unserer Lebensweise von größter Bedeutung sind.

Unruhen im Iran und in Afghanistan, die Schwierigkeiten in der Türkei und der Konflikt zwischen Israel und seinen Nachbarn sind ausgezeichnete Vorwände für eine Intervention in diesem Teil der Welt. Andererseits ist es für die Vereinigten Staaten schwierig, ihren Einfluß in diesem Gebiet beizubehalten. Jede Aktion der Vereinigten Staaten im Iran würde weitere Aufruhren entfachen und zu einer völligen Einstellung der Öllieferungen führen.

Wie mutig die Unterzeichner des Abkommens zwischen Ägypten und Israel, das in Camp David geschlossen wurde, auch waren, es bleibt ein bedeutender, aber begrenzter Schritt. Die israelisch-arabische Feindschaft hält weiter an, das Palästina-Problem ist noch nicht geregelt und die Feindseligkeit der anderen arabischen Länder gegenüber Ägypten macht die Situation noch komplizierter.

Und schließlich könnten sich die OPEC-Länder für eine Politik entscheiden, die der westeuropäischen Industrie das Rückgrat brechen würde.

Sollten die Europäer im Hinblick auf die Bedingungen für ihr Überleben, das von Entwicklungen abhängig ist, auf die sie keine Einflußnahme haben, nicht entschlossener Bemühungen unternehmen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten? Sollte der WEU-Rat diese Probleme nicht aufmerksamer prüfen und unserer Versammlung globale Überblicke darüber geben, wie eine europäische Sicherheitspolitik aussehen könnte?

(Übersetzung aus dem Französischen)

Angesichts der Bedrohungen, die wir soeben analysiert haben, müssen wir, und davon bin ich für meinen Teil überzeugt, die westliche Solidarität fördern, das Atlantische Bündnis stärken und eine bessere europäische Konzertierung verwirklichen.

Solidarisch, trotz ihres kommerziellen Wettbewerbs, sind die Industrieländer, die von einem liberalen demokratischen Regime profitieren, sowohl in ihrer Versorgung als auch in bezug auf ihre Absatzmärkte von der übrigen Welt abhängig.

Sie müssen deshalb dafür sorgen, die Ursachen für die Spannung zu beseitigen, die von ihren Gegnern gegen sie verwendet werden könnten. Der Kampf gegen die Geißeln Hunger, Überbevölkerung und Analphabetentum ist für sie nicht nur eine humanitäre Aufgabe, denn die Großzügigkeit liegt in ihrem wohlverstandenen Interesse.

Sie müssen auch realistisch sein und sich verständigen, da ihre Volkswirtschaften durch organisierte Verknappung oder durch die Ölverteuerung bedroht sind.

Die Energieeinsparungen sind nötig, reichen aber nicht aus. Wir brauchen eine konzertierte Versorgungspolitik. Man kann nur hoffen, daß deshalb in den Gremien, in denen diese Probleme in naher Zukunft geprüft werden, europäische Initiativen formuliert werden.

Die Verständigung, die in der gesamten westlichen Welt unerlässlich ist, ist dies um so mehr innerhalb des Bündnisses, das unsere Sicherheit garantiert.

Es müßten neue Formen des euro-amerikanischen Dialogs erarbeitet werden, damit das Atlantische Bündnis die Schwierigkeiten bewältigen kann, die von den unterschiedlichen Interessen herrühren, die sich zwischen Europa und den Vereinigten Staaten manifestieren. Ich denke dabei nicht nur an das Öl. So erklärt auch die fehlende konzertierte Haltung der Europäer in der Frage der strahlungsintensivierten Nuklearwaffe mit reduzierter Druckwirkung das Zögern Präsident Carters hinsichtlich dessen, was die Zeitungen mit „Neutronenbombe“ bezeichnen.

Eine entschiedene Stellungnahme zugunsten der Panzerabwehrwaffe par excellence hätte die Entschlossenheit der Europäer zeigen müssen, die Voraussetzungen für ihre Sicherheit zu gewährleisten. Es ist deshalb bedauerlich, daß die Versammlung

während dieser Sitzung nicht über das Problem neuer Waffen diskutieren kann, das in diesem Jahr die Hauptsorge des Bündnisses ist.

Wir werden aber dennoch das Abkommen zur Begrenzung der strategischen Waffen untersuchen, das am heutigen Tag in Wien von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion unterzeichnet wird. Wir können uns nur freuen über jede, wenn auch nur begrenzte Maßnahme, die darauf abzielt, das Wett-rüsten einzudämmen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die nächsten Verhandlungen sich auf Probleme erstrecken, die die Europäer in erster Linie betreffen. Ich möchte von den sowjetischen Raketen sprechen, die Europa bedrohen, und den Reaktionen auf diese Bedrohung, die einerseits durch die Marschflugkörper und andererseits durch die unabhängigen Atomstreitkräfte des Vereinigten Königreichs und Frankreichs erfolgen können, von denen Margret Thatcher zu Recht behauptet hat, daß sie einen wichtigen Beitrag zur Abschreckung des Angriffs gegen unsere Länder leisten. Es ist deshalb von wesentlicher Bedeutung, daß die Europäer mit einer Stimme sprechen, wenn es darum geht, ihren eigenen Beitrag zum euro-amerikanischen Dialog zu intensivieren.

Diese Intensivierung impliziert eine wirksamere Konzertierung zwischen den europäischen Ländern. Es gibt viele Institutionen, die zu dieser Konzertierung beitragen können, denn Europa ist vielseitig und es hat eine Vielfalt von Institutionen. Was ihm fehlt, ist ein politischer Impuls auf der Grundlage eines allgemeinen Konsens.

Ziel der Direktwahlen zum Europäischen Parlament muß es sein, diese Lücke zu schließen. Es wäre also bedauerlich, wenn das neu gewählte europäische Parlament sich in juristischen Kontroversen verlieren würde, zu denen seine Wahl unter Umständen Anlaß gegeben hat. Auch wenn die Verhandlungen zwischen Experten zu heftigen Diskussionen führen können, innerhalb der Versammlung der Gemeinschaften müßten die Erörterungen auf eine weitgehende politische Übereinstimmung über die Ziele hinauslaufen, die sich von den Zielen unserer Versammlung zweifellos nicht sehr unterscheiden. Es müßte sich also eine Zusammenarbeit zwischen der direkt gewählten Versammlung und unserer Versammlung entwickeln, die die Vertreter der Parlamente unserer sieben Mitgliedsländer vereint.

Die Empfehlungen der Versammlung der WEU und der Versammlung der Gemeinschaften könnten sich in vielerlei Hinsicht als ergänzend erweisen, wenn sich die Versammlung der WEU etwa mit den Zusammenhängen bestimmter Probleme, wie z. B. dem Energieproblem im Hinblick auf die Sicherheit befaßt, während die Versammlung der Gemeinschaften mehr die industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Sicherheit behandelt.

Es könnte sich sogar eine interparlamentarische Konzertierung herausbilden, wenn durch die euro-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten über die Probleme der Energie die Gefahr bestünde, daß sowohl die Solidarität unseres Bündnisses als auch unserer Wirtschaft beeinträchtigt wird.

(Ende der Übersetzung aus dem Französischen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß ein paar Bemerkungen anfügen. Unsere Versammlung weiß nur allzu gut, wie wichtig es ist, sich ständig mit den Fragen der **europäischen Sicherheit** auseinanderzusetzen: Immer wieder fordert sie von den Regierungen der Mitgliedsländer, diesen Aspekt ihrer Arbeit in größerem Kontext zu sehen und zu behandeln. Der Rat der Westeuropäischen Union sollte den Empfehlungen unserer Versammlung, mit denen er aufgefordert wird, die Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen zu erarbeiten, mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher.

Auf Grund ihrer gegenseitigen Beistandsverpflichtungen und der weitgehend homogenen Wirtschaftsstruktur ihrer Mitglieder könnte die Westeuropäische Union sogar zum Ausgangspunkt neuer Initiativen und politischer Ansätze werden. Kein anderes Forum wäre für einen Meinungsaustausch über die Voraussetzungen der europäischen Sicherheit besser geeignet. Aber leider gibt es derzeit keine gemeinsame Position in dieser Frage, und das könnte unsere Bemühungen um die Schaffung Europas gefährden.

Lassen Sie mich als Beispiel die **Rüstungsindustrie** nennen. Hier scheinen alle europäischen Organisationen machtlos zu sein. Die Unabhängige Europäische Programmgruppe sieht sich jetzt denselben Schwierigkeiten wie der ständige Rüstungsausschuß ausgesetzt. Aber ist es nicht unerlässlich, daß wir in Europa weiterhin eine gesunde industrielle Grundlage als Voraussetzung für Forschung, Entwicklung und Produktion im Rüstungssektor haben? Um diesem Anliegen Ausdruck zu verleihen, hat die Versammlung beschlossen, ein zweites Symposium über eine europäische Rüstungspolitik zu organisieren, das im Oktober in Brüssel stattfinden wird. Die Versammlung hofft auf die Unterstützung der sieben Regierungen und fordert sie auf, bei diesem Symposium auf hoher Ebene vertreten zu sein.

Aber die Westeuropäische Union ist nicht etwa ein Klub der europäischen Rüstungsindustrie. Vielmehr ist sie das Kernstück einer europäischen Organisation, deren Zuständigkeit sich auf alle Bereiche erstreckt, ohne daß die Mitgliedsländer einen Teil ihrer Souveränität aufgeben müßten. Bisher blieb die Ausübung dieser Verantwortung auf freiwillige Basis begrenzt, aber dann, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, wäre es dennoch möglich, unser Vorgehen angesichts einer etwaigen Bedrohung im Rahmen der Westeuropäischen Union zu konzentrieren.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, daß unsere Länder im Falle einer ernsten Krise den zu ihrer Überwindung erforderlichen Willen und das geistige Rüstzeug haben. Die Anpassungsfähigkeit unseres politischen Systems verleiht uns unsere große Überlegenheit.

Die persönliche Freiheit und die Grundrechte, die es zu schützen gilt, stehen ebenso im Vordergrund unseres Handelns. Deshalb sollten sich auch die Debatten unserer Versammlung in der Öffentlichkeit auf ein Echo stützen können, das sie verdienen. Wir meinen, daß unsere Informationspolitik einen stär-

keren finanziellen Rückhalt haben müßte. Wir werden in unseren Bemühungen, den Völkern Europas die Bedeutung der Sicherheitsprobleme vor Augen zu führen, nicht nachlassen.

In diesem Zusammenhang kommt den politischen Fraktionen unserer Versammlung eine wichtige Rolle zu. Schließlich vertreten wir hier sieben Parlamente, und wir müssen versuchen, den Kontakt mit unseren Regierungen abzustimmen sowie unseren politischen Sachverstand dafür einzusetzen, daß ein konzertiertes europäisches Vorgehen so, wie wir alle es wünschen, stärker als bisher zustande kommt. Für mich gibt es keinen Zweifel daran, daß sich die Demokratie sehr wohl zu verteidigen weiß. Deshalb bin ich auch davon überzeugt, daß unsere Appelle nicht ungehört verhallen werden.

Lassen Sie mich mit wenigen Sätzen zu dem, was in diesem Augenblick in Wien vor sich geht, schließen und damit noch einmal den Faden aufnehmen, den ich vorhin zu spinnen begann. Es treffen sich heute in Wien die Führer der beiden Supermächte, Carter und Breschnew. Sie werden das lange diskutierte, mit Wohlwollen und Kritik begleitete Abkommen über die nukleare Komponente der Streitkräfte, sie werden SALT II unterzeichnen. In unseren Reihen kennt man noch nicht die vollen Details dieses Übereinkommens. Obwohl es nicht unsere Art ist, vor sorgfältiger Analyse und eingehender Diskussion der endgültigen Texte in den Gremien unserer Parlamentarischen Versammlung eine abschließende Stellungnahme abzugeben, glaube ich, daß das Haus mit mir darin einig sein wird, daß wir die Hoffnung ausdrücken, daß dieses Abkommen Druck und Bedrohung vermindern und den Frieden stärken wird. Ich hoffe, daß dieser Wunsch durch das endgültige Studium der Dokumente von SALT II erhärtet wird. Im Sinne dieses Friedens beginnen wir heute diesen Abschnitt der 25. Sitzungsperiode unserer Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union. Ich danke Ihnen.

Abg. Péridier (Frankreich) fragt den Präsidenten, ob seine Präsidentschaft in der Versammlung der WEU und seine Mitgliedschaft in dem neugewählten Europäischen Parlament angesichts der dort zu erwartenden Bestrebungen, Zuständigkeiten aus dem Verantwortungsbereich der WEU-Versammlung zu übernehmen, nicht in einen Interessenkonflikt führen könnten.

Präsident von Hassel. — Ich darf Ihnen zunächst einmal für Ihre Offenheit danken und sagen, daß ich den Stil, in dem wir in diesem Parlament verfahren, begrüße. Wir diskutieren im Für und Wider, wir stehen politisch auf der einen oder auf der anderen Seite und haben dabei ein korrektes Verhältnis zueinander. Ich glaube, daß diese Art des Umgangs miteinander, daß der Stil dieses Hauses gut ist.

Nun darf ich Ihnen aber eine Antwort auf Ihre Frage geben. Wie Sie in Frankreich bin ich ein direkt gewählter Abgeordneter; ich bin ein Mitglied des Deutschen Bundestages, das im Wahlkreis direkt gewählt worden ist. Das gilt bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 1980.

Daneben gehöre ich der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an. Meine Aktivitäten dort habe ich reduziert, um mich auf die Arbeit in der Westeuropäischen Union zu konzentrieren. Ich bin Ihnen dafür dankbar, daß Sie mich erneut zum Präsidenten gewählt haben.

Herr Péridier, Sie fragen nun: Wie werden Sie sich, Herr Präsident, im neuen Europäischen Parlament, in das Sie als Spitzenkandidat gewählt worden sind, verhalten, wenn es dort um Fragen geht, die eigentlich anderswo zu behandeln wären? Ich darf Ihnen dazu sagen: Ich habe bei anderen Gelegenheiten mehrfach ein engagiertes Bekenntnis zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates abgelegt, um zu verhindern, daß im Zusammenhang mit dem Neuentstehen des Europäischen Parlaments der Europarat ein wenig in den Hintergrund treten und von den Angehörigen der Neunergemeinschaft vernachlässigt werden könnte. Das habe ich bei jeder Gelegenheit ausdrücklich bekannt, und ich gehe davon aus, daß das die allgemeine Auffassung dieses Hauses ist.

Ein zweites habe ich immer wieder zum Ausdruck gebracht, und zwar nicht nur letzstens als Präsident der Westeuropäischen Union, sondern auch als ein Mann, der den Brüsseler Vertrag und die Westeuropäische Union in den ganzen Jahren ihrer politischen Existenz kennt und bejaht, und auch als Verteidigungsminister, als der ich vor der Versammlung der Westeuropäischen Union gesprochen habe: daß ich die Aufgabe und die Bedeutung der Westeuropäischen Union sehe und weiß, daß Organe existieren, die nicht in der Verantwortung stehen, die uns auferlegt ist.

Das letzte, verehrter Herr Kollege: Sie sind Politiker, ich bin Politiker, und wir sollten nicht immer Europäisches Parlament und Westeuropäische Union einander gegenüberstellen, sondern auch sehen, wo wir möglicherweise einmal ein gemeinsames Wort zugunsten der Erhaltung des Friedens in Europa sprechen können. Ich gehe als ein Mann in das Europäische Parlament, der hier eine hervorragende Lehrzeit durchgemacht hat, die er nicht vergessen wird. Ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt:

Vierundzwanzigster Jahresbericht des Rates

(Drucksachen 799, 811 und Anhang)

Berichterstatter: Ministerpräsident und Außenminister Gaston Thorn (Luxemburg)

Dr. Vohrer (FDP): Herr Premierminister! Es gab schon seit Jahren gewichtige Stimmen insbesondere französischer Politiker, die in der Versammlung der Westeuropäischen Union die Forderung aufstellten, die WEU solle Kern einer europäischen Verteidigungskonzeption sein. Würden Sie die Chancen, daß die **Westeuropäische Union Kern eines europäischen Verteidigungssystems** werden könnte, durch die Tat-

sache verändert sehen, daß sich die Gemeinschaft von neun auf zwölf Mitglieder erweitert? Bisher sind sieben von neun Mitgliedern hier, zukünftig werden es sieben von zwölf Mitgliedern sein, und das Verhältnis der möglichen Mitgliedsländer Griechenland, Spanien und Portugal zur NATO ist sehr unterschiedlich zu bewerten. Wie also würden Sie vor diesem Hintergrund die Chancen der WEU sehen, Kern für ein europäisches Verteidigungssystem zu werden?

Ministerpräsident Thorn erwidert, Griechenland, Spanien und Portugal hätten nicht den Beitritt zum Brüsseler Vertrag beantragt. Die Frage könne nur behandelt werden, wenn sie sich tatsächlich stelle und würde wahrscheinlich eher im Rahmen von NATO oder WEU als der EG behandelt werden.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Ministerpräsident! Entschuldigen Sie, wenn ich vielleicht eine Frage stelle, die Sie schon beantwortet haben. Es ist ein bißchen schwierig, da im Augenblick das Übersetzungssystem nicht richtig arbeitet und wir immer zwei Sprachen zugleich hören.

Sie sagten, daß wir uns keine Sorgen wegen der **Übernahme von Verteidigungs- und Sicherheitsfragen in das EG-Parlament** zu machen brauchten. In diesem Hause sitzt eine ganze Menge Kollegen, die sich nicht etwa Sorgen, sondern Hoffnungen machen. Noch heute morgen sprach eines unserer höchst würdigen Mitglieder, wenn ich es richtig begriffen habe, davon, daß die Situation in der sich unser Präsident befinde, zu der Hoffnung Anlaß gebe, daß er durch eine Verbindung zwischen beiden Parlamenten einen Fortschritt erreichen könnte. Würden Sie das für realistisch halten?

Ministerpräsident Thorn antwortet, es bestehe vorläufig kein Grund zur Besorgnis, was die Übernahme von neuen Zuständigkeiten durch die Europäische Gemeinschaft anlange, da dies Vertragsänderungen voraussetze. Persönlich wünsche auch er, daß die Gemeinschaft nicht nur auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt bleibe.

Tagesordnungspunkt:

**Die politische Tätigkeit des Rates —
Anwendung des Brüsseler Vertrages —
Wissenschafts-, Technologie- und
Raumfahrtfragen**

(Drucksachen 801, 808 und 806)

Berichterstatter: Abg. Minocci, Abg. Tanghe,
Abg. Scheffler

Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem Ihnen vorliegenden Bericht über Fragen der Wissenschaft, Technik, Luft- und Raumfahrt ist eine fünffach gegliederte Empfehlung enthalten. Die Begründung zu diesen

Empfehlungen gliedert sich in eine allgemeine Einführung, die Behandlung der **Energieprobleme**, die Situation in der europäischen Flugzeugindustrie und schließlich in Weltraumfragen. Es ist sicher unbestreitbar, daß die Energieproblematik heute in den Vordergrund der internationalen Politik getreten ist. Seit 1973 die Weltmacht Öl erstmals auch als politische Waffe eingesetzt worden ist, hätte man von den Politikern der ölabhängigen Länder erwarten können, daß sie sich im Hinblick auf den Ernst der Lage und in der Erkenntnis der Tatsache, daß eine Rückkehr zur Liberalisierung der Ölversorgung angesichts der noch immer ungelösten politischen Fragen im Nahen Orient nicht zu erwarten ist, nicht mit theoretischen Erörterungen begnügen würden.

In der Tat hat es eine Anzahl von energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Analysen gegeben; aber eine praktische Auswirkung hat sich aus diesen Analysen bisher nirgendwo gezeigt. Deshalb versucht dieser Bericht noch einmal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Zeitverluste, die jetzt entstehen, nur mit großen Opfern wieder wettgemacht werden können.

Der Berichterstatter hat versucht, die Aussagen zur Verwendung der Nuklearenergie auf den gegenwärtigen Stand zu bringen. Das geschah in dem Bewußtsein, daß dieses Anliegen angesichts der Größenordnung nur sehr schwierig zu lösen sein wird. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß nicht nur in vielen Ländern Europas eine heftige Diskussion über die Verwendung der Kernenergie sowie die Wiederaufarbeitung und Endlagerung der Abfallstoffe eingesetzt hat. Daß diese Diskussion bereits in politische Dimensionen hineingewachsen ist, die zu spürbaren Verzögerungen früherer Programme geführt hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Ich möchte Sie deshalb auch noch einmal auf die in diesem Bericht wiedergegebene Studie über Nuklearexporte und Nichtweitergabe der Autorin Simone Courteix hinweisen, die in diesem Bericht auszugswise erscheint und die nach einer sorgfältigen Analyse letztendlich zu der Überzeugung kommt, daß früher oder später die allgemeine Abrüstung die einzige Alternative zur Verbreitung von Kernwaffen sein wird.

Für viele Menschen ist die Kernenergie auch in ihrer friedlichen Nutzung eine Art Damoklesschwert, das über ihnen hängt. Es ist allerdings auch nicht zu übersehen, daß über den ölabhängigen Ländern generell das Damoklesschwert der permanenten Energiekrise mit den damit verbundenen sozialen und politischen Folgen hängt. Diese Feststellung kann allerdings nur dann gelten, wenn die absolute Abhängigkeit der Industrieländer unverändert anhält. Es ist an der Zeit, die sich bietenden Ersatzenergiequellen weiter auszubauen und zur Anwendung zu bringen sowie die Möglichkeit der Energieeinsparung praktisch zu realisieren.

Das Thema Energie umfaßt ein solch komplexes Gebiet, daß auch im Rahmen eines längeren Berichts nur Grundzüge angesprochen werden können, wie ich soeben bereits gesagt habe. Außerdem ist dieses Thema bereits Gegenstand anderer Berichte gewesen und wird es auch in Zukunft sein. Ich bin

sicher, daß uns dieses Thema auf Jahrzehnte hinaus auf den Nägeln brennen wird, und es wird sicher auch im neugewählten Europäischen Parlament permanent auf der Tagesordnung stehen. Für die Westeuropäische Union und für die übrigen Länder der westlichen Welt ist die Frage der Abhängigkeit vom Öl primär nicht eine wirtschaftliche Frage oder ausschließlich unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen, sondern vor allem auch ein ernstes sicherheitspolitisches Problem. Aus diesem Grunde gehört es auch in den hier vorliegenden Bericht.

Ich möchte zu dem bereits vorliegenden Amendement Nr. 4 von Lord Northfield nichts sagen, da er seine Eingabe sicher selbst vertreten wird.

Die Behandlung der **europäischen Flugzeugindustrie** stellt sich zwar nicht problemlos dar, ist aber in mancherlei Hinsicht unter optimistischeren Gesichtspunkten zu beurteilen. Wenn es richtig ist, was amerikanische Wirtschaftsanalytiker prognostiziert haben, dann werden auf dem Weltmarkt für Ziviltransportflugzeuge zwischen 1979 und 1990 etwa 6300 Verkehrsflugzeuge mit einem Kostenaufwand von 24 Milliarden Dollar produziert werden müssen. Dabei könnte allein die Airbusindustrie — immer nach dieser amerikanischen Prognose — mit einem Anteil von rund 14 bis 15 % rechnen. Die führende Stellung der amerikanischen Flugzeugindustrie, insbesondere aber von Boeing, wäre auch bei einem Wachstum des europäischen Anteils in keiner Weise berührt, und sie würde überhaupt nicht angetastet. Es muß aber noch einmal sehr deutlich herausgestellt werden, daß die Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen Industrie und den Europäern auf vielen Gebieten für beide, sowohl für die Amerikaner als auch für die Europäer, außerordentliche Vorteile mit sich bringen wird. Leider ist aber nicht zu übersehen, daß, jedenfalls zur Zeit noch, in manchen Fragen auf diesem Gebiet das Konkurrenzdenken stärker als die Einsicht in ein vernünftiges Miteinander ist.

Das Thema Weltraumfahrt — damit komme ich zum Schluß — ist in mehreren Berichten ausführlich behandelt worden, so daß ich mich entsprechend kurz fassen kann. Leider muß ich auch heute hier mit Bedauern feststellen, daß ein verbindlicher Haushalt der europäischen Raumfahrtbehörde ESA für 1978 immer noch nicht gebilligt ist. An den Haushalt 1979 wage ich überhaupt noch nicht zu denken. Niemand kann erwarten, daß die Verantwortlichen der europäischen **Raumfahrtspolitik** und der Raumfahrtbehörden in einer solchen Atmosphäre in der Lage sind, die anstehenden Probleme einigermaßen befriedigend zu lösen. Es wäre allerdings auch ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß die Raumfahrt heute nur noch eine Art Prestigeprojekt sei und die Probleme im übrigen zu 99 % gelöst seien. Was z. B. die Sowjetunion in den letzten Tagen und Wochen an Raumfahrttechnik demonstriert hat, entspricht sicher nicht einem Prestigedenken, sondern ganz realistische Hintergründe sind dafür maßgeblich: anwendungsbedingte Forschung und Nutzung des Weltraums für militärische, aber auch wichtige Energie-, technologische und andere wissenschaftliche Möglichkeiten.

Aufgaben dieser Größenordnung — darüber müssen wir uns alle klar sein — sind von den einzelnen europäischen Nationen überhaupt nicht mehr lösbar. Das machen die Programme Ariane und Spacelab mit ihren finanziellen Dimensionen uns allen sehr deutlich. Deutlich wird aber auch, daß die europäische Raumfahrtindustrie durchaus in der Lage ist, sich qualifiziert an solchen Programmen zu beteiligen. Der Bericht weist detailliert Angaben über weitere Aktivitäten auf diesem Sektor aus, was auf Gebieten der Fall ist, die bereits den Bereich der Forschung und Entwicklung überwunden haben und praktiziert werden können.

Damit möchte ich meine kurze Einführung zur Vorlage des Berichts schließen, nicht ohne mich aber auch bei dem Büro bedankt zu haben, das bei der Abfassung des Berichts in hervorragender Weise die entsprechende Arbeit geleistet hat.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bitte Sie um die Annahme dieses Berichts.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Staatssekretärs für Forschung beim Premierminister, Pierre Aigrain

Scheffler (SPD): Herr Staatssekretär, angesichts Ihrer Darstellung und der Herausstellung der eminenten Wichtigkeit der Ariane habe ich die ganz konkrete Frage: Gibt es denn, wenn es in der Tat so ist, daß die Ariane diesen Anteil an der europäischen Wirtschaft schon jetzt einnimmt und wahrscheinlich in noch zunehmenden Maße einnehmen wird, schon konkrete Vorstellungen, auf welche Weise die Markteinführung erfolgen soll? Wird das durch nationale Regierungen oder über die ESA geschehen, oder haben Sie noch andere Möglichkeiten im Auge?

Staatssekretär Aigrain sagt, daß ebenso wie die technische Entwicklung eines derartigen Produktes auch die Fabrikation gemeinsam unter den ESA Partnerländern erfolgen müsse, um den wirtschaftlichen Erfolg sicherzustellen. Dies sei das Ziel der laufenden Verhandlungen zwischen den Partnerländern.

Dienstag, 19. Juni 1979

Tagesordnungspunkt:

Die industriellen Grundlagen der europäischen Sicherheit

(Drucksache 805)

Berichterstatter: Abg. Valleix

Tagesordnungspunkt:

**Die politische Tätigkeit des Rates —
Anwendung des Brüsseler Vertrages —
Wissenschafts-, Technologie- und
Raumfahrtfragen**

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die **Ölverknappung** dieses Jahres hat der Menschheit in unzweideutiger Weise gezeigt, welche immensen Schwierigkeiten auf sie zukommen. Das Ausmaß der Probleme in finanzieller, ökonomischer, sozialer und strategischer Hinsicht ist noch nicht abzusehen, zumal jüngste Verlautbarungen der OPEC-Staaten eine neue Preislawine mit Engpässen ankündigen.

Der Verbraucher hat in der Vergangenheit in der Hoffnung auf schier unerschöpfliche Ölvorräte leichtfertig aus dem Vollen gewirtschaftet. Trotz aller Warnungen der Fachleute und der zuständigen Organisationen wurden die wertvollen Schätze der Natur vielfach verschwendet.

Auch die Staatsmänner zogen keine nachhaltigen Konsequenzen aus der Ölkrise von 1973/74 und versäumten es, über die nationalen Grenzen hinausgehende Lösungen zu suchen. So traf der gegenwärtige Mangel an Primärenergie die Industriestaaten verhältnismäßig unvorbereitet und hart.

Die ersten Leidtragenden der verhängnisvollen Entwicklung sind die privaten Haushalte. Sie haben sich auf die Zusicherungen bezüglich der billigen, sauberen und bequemen Ölheizung verlassen und müssen nun feststellen, daß es kein Mittel gegen die überproportional — bis zu 100 % — gestiegenen Ölpreise und die Kontingentierungen gibt. Die Menschen leben buchstäblich in Angst vor drohenden finanziellen Forderungen, die das Einkommen merklich schmälern und zu Einschränkungen in der Lebenshaltung führen.

Dabei sind diese Kosten erst die Spitze des Eisberges, denn die wirklichen Verteuerungen kommen erst dann, wenn die Preise für die Wirtschaftsprодукte auf Ölbasis im Bereich der Chemie, der Pharmazie und der Düngemittelindustrie anziehen. Die Probleme beim Export dieser Güter in die Dritte Welt, die die überhöhten Preise nicht bezahlen kann, sind in ihren Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum noch nicht zu übersehen.

Bieten sich in dieser schwierigen Situation Lösungen zur Gewährleistung der Grundenergieversorgung an, um aus dem Dilemma herauszukommen? Die vermehrte Nutzung der Kernenergie wäre ein gangbarer Weg. Sie ruft jedoch nicht überall ungeteilten Beifall oder gar Euphorie hervor, eher laute Kritik. Dennoch ist die Kernenergie ein realer Faktor unserer Zeit, der nicht ignoriert und auch nicht totgeschwiegen werden kann.

Die Gegner der Kernkraftwerke weisen auf die womöglichen Gefahren für die Umwelt und die Menschen hin. Da hat es Korrosionsschäden am Material,

undichte Ventile, entweichende Dämpfe und schließlich das Unglück von Harrisburg gegeben. Nach meiner Ansicht können die Sicherheitsbestimmungen für den Betrieb der Reaktorkraftwerke nicht hoch genug angesetzt werden, denn es geht nicht nur um die thermische Belastung der Flüsse und die radioaktive Verseuchung der Luft, sondern auch um genetische Degenerationen der Lebenswelt.

Welche Aspekte gibt es heute angesichts der vergeudeten Ölvorräte und der ernststen Bedenken gegen die uneingeschränkte Nutzung der Kernkraftwerke, um den Energiebedarf der kommenden Jahrzehnte zu sichern? Erst die Not hat die Spezialisten in Konstruktionsbüros und Forschungslaboratorien zu Vorschlägen für die Praxis gezwungen. Energiesparen und Wärmedämmung allein sind kein Allheilmittel, um die Probleme der Zukunft meistern zu können. Erst die Warteschlangen vor den Tankstellen in den USA überzeugten beispielsweise die Hersteller von der Notwendigkeit, ein benzinsparendes Auto auf den Markt zu bringen. Wenn auf nationaler und auf internationaler Ebene ebenso viele Mittel für die Erforschung und Entwicklung von Alternativenenergiequellen zur Verfügung gestellt worden wären wie für Pilotprojekte bei der Kernenergie, hätten wir bereits heute auf dem Energiesektor bessere Ausweichmöglichkeiten.

Die Sonne sendet tagtäglich in verschwenderischer Fülle Unsummen von Energie aus, und die Menschheit nutzt sie nur spärlich. Gleich, in welcher Form, ob auf der Erdoberfläche oder mit Hilfe von Satelliten: Es müßten in der Solarenergiegewinnung größere Effekte erzielt werden können. Wirtschaft und Wissenschaft senden Raketen und Weltraumlabor zu fernen Gestirnen und sind nicht in der Lage, die Erdwärme wenige Kilometer unter uns anzuzapfen. So unbefriedigend dieser Zustand ist, so unzulänglich ist auch die Nutzung der Wind- und der Meeresenergie. Ein unerschöpflich großes Feld von Energieträgern ist noch unerschlossen und bietet Chancen zur Überwindung der Krise.

Daher unterstützt mein Petition in dem hervorragenden Bericht des Kollegen Scheffler vor allem das in Abschnitt 2 b geforderte koordinierte Programm für die Erschließung von Alternativenenergiequellen. Der Ölschock des Jahres 1979 zwingt dazu, und zwar unverzüglich. Ich danke Ihnen.

Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte das nicht als fehlenden Respekt auszulegen, wenn ich den Beiträgen, die hier zu meinem Bericht geleistet worden sind, nicht die übergroße Aufmerksamkeit schenken kann. Ich habe mit Freude vermerkt, daß der größte Teil der Beiträge positiv zu dem Bericht steht.

Ich habe zum Dokument 806 noch vier Änderungsanträge vorliegen, darunter die Amendments 1, 2 und 3 von Herrn Valleix. Ich möchte, nachdem ich mich mit Herrn Valleix abgesprochen habe, vorschlagen, daß wir wie folgt verfahren:

Zu Punkt 1 schlägt er vor, nach § 2 solle ein neuer Paragraph eingeführt werden. Das soll so geschehen. Ich habe aber Bedenken gegen die Formulierung

„all-European co-operation“. Ich möchte vorschlagen, daß wir nicht „all-European“ sagen, sondern nur „European“, weil die WEU nicht alle europäischen Völker umfaßt.

Zu Punkt 2: Ich stimme inhaltlich zu. Vom Sachlichen her gehört dieses Thema aber zum Energiebereich. Deswegen schlage ich vor, daß dieser Absatz unter Nr. 2 der Empfehlung als Absatz (c) geführt wird. Ich bitte den Kollegen Valleix dafür um Verständnis.

Zu Punkt 3: Hier hat Kollege Valleix die Streichung des Satzes nach dem Wort „venture“ vorgeschlagen. Ich meine, das ergäbe eine zu magere Sachaussage, und schlage daher vor, daß wir den Satz beibehalten, aber sagen „by promoting a co-operation . . .“, also „Zusammenschluß“ durch „Zusammenarbeit“ ersetzen.

Damit wären die drei Änderungsanträge des Kollegen Valleix behandelt, und ich komme nunmehr zum Änderungsantrag des Kollegen Northfield. Ich bin mit seinem Vorschlag generell einverstanden. Auf Grund der Tatsache, daß wir den Änderungsvorschlag des Kollegen Valleix eingebaut haben, müßte der Vorschlag von Lord Northfield unter (d) eingeordnet werden. Dies wäre dann sachgerecht.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß der Kollege Lord Northfield eine Bemerkung gemacht hat, die kommentiert werden muß. Er hat gemeint, es sei nicht ganz fair von mir, im Absatz 3 davon zu sprechen, daß zu wenig getan werde und noch keine Erfolge zu verzeichnen seien. Ich bin bereit, das insoweit zu ergänzen, daß ich in die erste Fassung in Absatz 3 vor den Worten „pragmatische Vereinbarungen“ das Wort „weitergehende“ einfüge.

Damit komme ich fast zum Schluß. Ich muß noch auf den Kollegen Adriaensens eingehen. Er möchte bei den Einsparungen unter 2 auch noch das Wort „Verkehr“ eingefügt wissen. Das ist logisch und schlüssig, und ich stimme dem zu.

Der Kollege Enders, dem ich für seinen Beitrag herzlich danke — ich danke im übrigen auch allen anderen für ihre Beiträge —, bewegt sich im Rahmen der Empfehlungen unter Ziffer 2.

Damit, Herr Präsident, habe ich mich wohl im Rahmen der mir zur Verfügung gestellten Zeit gehalten.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Es kommt mir fast merkwürdig vor, daß wir jetzt eine Debatte wieder aufnehmen, die wir schon dreimal wieder aufgenommen haben, seit wir hier sind. Wenn gestern die Technik für einen Salat im Übersetzersystem gesorgt und damit eigentlich einen Minuspunkt erworben hat, so glaube ich sagen zu müssen, daß wir heute den Minuspunkt erwerben, indem wir einen Debattensalat produzieren.

Ich möchte zu dem Bericht Minnoccis kurz sagen, daß die Einlassung von Herrn Périquier, an die sich inzwischen vielleicht niemand mehr erinnert, ein bißchen übertrieben war. Sie stellte nicht die Ansicht der sozialistischen Gruppe dar, sondern mischte sehr freigiebig französische und sozialistische Stand-

punkte. Das ist ganz hübsch, ist aber nicht das, was wir in der sozialistischen Gruppe besprochen haben. Ich muß Herrn Minnoccis da in Schutz nehmen.

Aus dem Bericht Minnoccis möchte ich unterstützen, daß die Versammlung, wie er gesagt hat, ein Recht darauf hat, über den Rat Berichte von der Rüstungskommission zu bekommen, jedenfalls soweit sie hergestellt sind, auch wenn es also nur der juristische Teil sein sollte. Es ist nicht einzusehen, warum man damit warten sollte, bis ein gewisser Abschluß erreicht ist, der dann zu einer zusammengefaßten Information führen könnte, die unter Umständen gar keinen Einblick mehr geben kann.

Liebe Kollegen, das **Gespräch mit dem Rat** ist, obgleich der Rat sehr freundlich ist und uns sehr entgegenkommt, nach wie vor unbefriedigend. Wir bekommen bei dieser Gelegenheit lediglich zufällige Einzelmeinungen zu hören. So nett das ist und so interessant das ist, so halte ich es doch nicht für das, was wir uns mit dieser Übung vorgestellt haben. Ich habe den Wunsch, daß wir einmal mit dem Rat darüber reden könnten, wie wir das ein bißchen versachlichen und verbessern.

Zur nachstehenden Empfehlung 330 gab Abg. Reddemann die folgende Erklärung zur Stimmabgabe zu Protokoll:

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte zur Abstimmung zwei Sätze sagen. Im Namen der Kollegen Böhm, Handlos, Mende und Müller sowie in meinem eigenen Namen stelle ich fest, daß wir mit den Intentionen des Berichts durchaus einverstanden waren. Durch die zahlreichen Änderungen, die vorgenommen worden sind, hat jedoch die Entschließung einen integrationsfeindlichen Charakter bekommen, und wir wollten deswegen im Interesse der Einigung Europas gegen diesen Antrag stimmen, was wir hiermit getan haben.

Empfehlung 330

betr. Die politischen Aktivitäten des Rates – Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

begrüßt die Tatsache, daß der Rat in seinem 24. Jahresbericht seine Absicht bekräftigte, „den Dialog mit der Versammlung über Fragen bezüglich der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags, einschließlich derjenigen Fragen, die von den Mitgliedsregierungen in anderen internationalen Foren behandelt werden, fortzusetzen“;

begrüßt den Inhalt zahlreicher Antworten auf Empfehlungen der Versammlung sowie auf Schriftliche Anfragen der Mitglieder, insbesondere auf die Schriftliche Anfrage Nr. 191;

bedauert jedoch, daß das informelle Verfahren, das bei den gemeinsamen Sitzungen der Ausschüsse und

des Rates angewandt wird, in den Antworten des Rates zuviel Unklarheiten zuläßt;

begrüßt den Inhalt der von Vertretern mehrerer Mitgliedsregierungen während der 24. Sitzungsperiode an die Versammlung abgegebenen Erklärungen, insbesondere insofern, als sie dem Wunsch Ausdruck geben, von den Möglichkeiten der WEU mehr Gebrauch zu machen, um in einem europäischen Rahmen alle Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit Europas zu erörtern und die europäische Zusammenarbeit in den Bereichen der Rüstung und Abrüstung zu verstärken;

nimmt zur Kenntnis, daß der Rat immer noch „regelmäßig kontrolliert, daß die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags in keiner Weise vernachlässigt wird“, und daß die Durchführung der Pariser Abkommen siebenundzwanzig Mal auf seiner Tagesordnung erschienen ist;

stellt fest, daß der Rat durch die Billigung einer wesentlichen Erhöhung der Haushaltsmittel der Versammlung, der er die Möglichkeit zur Einschätzung ihrer eigenen Bedürfnisse eingeräumt hat, sowie durch die aktive Beteiligung der meisten Mitgliedsregierungen an den Arbeiten der Versammlung seinen guten Willen gezeigt hat;

ist der Auffassung, daß das reibungslose Funktionieren der WEU wesentlich für den Aufbau eines Europas ist, das über sein Schicksal selbst bestimmt, wenn sie zu gegebener Zeit aufgerufen wird, ihren Platz in einer künftigen europäischen Union einzunehmen;

ist sich bewußt, daß ein solches unabhängiges und autonomes Europa nur ein politisches Europa sein kann, das sich auf tatsächlich koordinierte Außen- und Verteidigungspolitiken, die zur Integration führen, stützt;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. seine Anstrengungen um eine Erweiterung des Dialogs mit der Versammlung dadurch fortzusetzen, daß er sie regelmäßig unterrichtet über
 - a) die Ergebnisse der Arbeit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe;
 - b) Teilergebnisse der vom Ständigen Rüstungsausschuß durchgeführten Studie, die nicht unter die militärische Geheimhaltung fallen;
 - c) Fragen, die die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrages betreffen und auf der Tagesordnung seiner Sitzung stehen;
2. für gemeinsame Sitzungen ein Verfahren zu suchen, das jedem der Teilnehmer angemessene Redefreiheit einräumt, aber auch Raum für kollektive Meinungsäußerungen des Rates läßt;
3. in seiner Arbeit eindeutiger zum Ausdruck zu bringen, daß er den geänderten Brüsseler Vertrag, insbesondere Artikel XI, für einen positiven Beitrag zur Schaffung einer europäischen Union hält.

Empfehlung 331

betr. Die Anwendung des Brüsseler Vertrags — Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

vermerkt mit Genugtuung, daß der Rat, in dem Bewußtsein, daß die Versammlung „die einzige europäische Versammlung mit Verantwortungen im Bereich der Verteidigung“ ist, mit ihr den Dialog „über Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags, einschließlich der Fragen die von den Mitgliedsregierungen in anderen internationalen Foren behandelt werden“, fortsetzt;

begrüßt den ernsthaften Dialog, der mit dem Rat in den meisten Fällen, vor allem durch Empfehlungen und Antworten, hergestellt worden ist und vermerkt in diesem Zusammenhang, daß der Rat den Generalsekretär der NATO bitten wird, „vor allen Dingen dann Informationen zu erteilen, wenn sich die aufgetauchten Fragen auf Angelegenheiten beziehen, die innerhalb der Zuständigkeit der integrierten Kommandostrukturen der NATO liegen“;

ist der Auffassung, daß die wesentlichen Verpflichtungen des geänderten Brüsseler Vertrags — automatische gegenseitige militärische Hilfe und die Beibehaltung angemessener Truppenstärken — ihren gesamten ursprünglichen Wert beibehalten und beibehalten müssen;

stellt fest, daß der Rat den Ständigen Rüstungsausschuß zwar als „nützliches Denk- und Analyseinstrument“ erachtet, daß aber die Organisation der „Europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsproduktion . . . das Arbeitsziel der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe ist“;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. seine Weigerung rückgängig zu machen, in seinem Jahresbericht die tatsächliche Stärke der britischen Bodestreitkräfte zu veröffentlichen, die auf dem europäischen Kontinent entsprechend der in Artikel VI, Protokoll Nr. II, des geänderten Brüsseler Vertrages enthaltenen Verpflichtung stationiert sind;
2. die Versammlung in einer ihm geeignet erscheinenden Form über die Ergebnisse, Fortschritte und Perspektiven, die der Ständige Rüstungsausschuß in einer Studie über die europäische Rüstungsindustrie erarbeitet, zu unterrichten;
3. die Empfehlungen der Versammlung voll zu berücksichtigen und die Möglichkeit zu untersuchen, in den neuen Aufgabenbereich, den der Rat dem Ständigen Rüstungsausschuß zu übertragen beabsichtigt, geeignete Studien aufzunehmen, die die Versammlung von Zeit zu Zeit vorschlägt;
4. in die künftigen Jahresberichte einen Abschnitt über die Unabhängige Europäische Programmgruppe einzubeziehen.

Empfehlung 332

**betr. Fragen der Wissenschaft, Technik,
Luft- und Raumfahrt —
Antwort auf den 24. Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung

begrüßt den Dialog mit dem Rat über die Politik der Mitgliedsländer in den Bereichen Energie, Flugzeugindustrie, Raumfahrt und anderen Gebieten der modernen Technik;

ist überzeugt, daß die Sicherheitsprobleme in bezug auf nukleare Einrichtungen und radioaktive Strahlungen sowie Umweltprobleme im Zusammenhang mit neuen Energiequellen Lösungen erfordern, die über die nationalen Grenzen hinausgehen;

bedauert, daß nicht einmal die Verschärfung der seit 1973 herrschenden Energiekrise zu weiteren pragmatischen Vereinbarungen geführt hat, um gemeinsame Initiativen, die Zusammenarbeit und die Definition einer mittel- und langfristigen europäischen Energiepolitik zu fördern;

ist sich der enormen Summe bewußt, die Westeuropa für Öl zu zahlen haben wird und ist überzeugt, daß Öl in naher Zukunft durch andere Energiequellen ersetzt werden muß;

begrüßt die verstärkte europäische Zusammenarbeit bei der Herstellung von Zivilflugzeugen, besonders des Airbus und hofft, daß dieser Erfolg die Regierungen veranlassen wird, die europäische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Produktion einer Serie von Kampfflugzeugen und Hubschraubern zu verstärken;

verweist auf den wachsenden Markt für europäische Satelliten und Trägersysteme;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. seinen Dialog mit der Versammlung fortzusetzen, aber in seinem 25. Jahresbericht näher auf die westeuropäische Politik in Fragen der Wissenschaft, Technik, Luft- und Raumfahrt, deren Ziele und Leistungen einzugehen;
2. verstärkte Bemühungen um eine konzertierte Forschung und Entwicklung zu fördern und ein koordiniertes Programm einzuleiten über:
 - a) energiesparende Technologien für Haushalt und Industrie;
 - b) alternative Energiequellen auf der Grundlage neuer Technologien wie z. B. die Verwendung von herkömmlichem Gas, Schieferöl, verflüssigter Kohle und die Nutzung von Sonnen-, Wind- und Wasserenergie;
 - c) die Prüfung der Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit in Energiefragen;
 - d) die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Umweltprobleme bei Nukleareinrichtungen, besonders, wenn sie Gefahren für die Nachbarländer bilden;

3. mit den erdölproduzierenden Ländern einen eingehenden und dauerhaften Dialog einzuleiten, um die Produktionskapazitäten und den Bedarf abzustimmen;
4. dafür Sorge zu tragen, daß das nächste Kampfflugzeug dadurch ein gemeinsames europäisches Unternehmen wird, daß ein Zusammenschluß der Unternehmenskonsortien, die gegenwärtig den Jaguar und den Tornado herstellen, gefördert wird;
5. die Regierungen nachdrücklich aufzufordern, der europäischen Hubschrauberindustrie die Aufträge zu verschaffen, die für eine ununterbrochene Entwicklung und Produktion nötig sind;
6. die Serienproduktion der Trägerrakete vom Typ Ariane zu fördern, um einen Teil des Weltmarkts für europäische und nichteuropäische Satelliten und ihre Starts zu erobern.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des niederländischen
Verteidigungsministers W. Scholten**

Tagesordnungspunkt:

**Das Gleichgewicht der Kräfte
(Drucksache 809)**

Berichtersteller: Abg. Pawelczyk

Pawelczyk (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht, den ich hier abzugeben habe, besteht nach dem Wunsch des Ausschusses aus zwei Teilen. Er soll in seinem ersten Teil eine Darstellung über den **Kräftevergleich zwischen Ost und West** bringen, was aber nicht in der bisher üblichen Form geschehen soll. Es soll keine neue Zahlenarbeit geliefert werden. Es sollen vielmehr Veröffentlichungen beider gegenübergestellt werden.

Im zweiten Teil war mir die Aufgabe gestellt, die MBFR-Entwicklung seit 1973 darzustellen, zu bewerten und einen Ausblick zu geben. Ich habe das getan und bitte um Verständnis dafür, daß die jüngste Entwicklung in diesem Bericht nicht enthalten ist. Das war aus organisatorischen Gründen nicht möglich, wie Sie sich denken können.

Lassen Sie mich jetzt zunächst den ersten Teil meines Berichtes einführen. Das Problem besteht darin, daß die einen das Gleichgewicht für gegeben halten, andere die NATO für überlegen halten und schließlich eine dritte Gruppe unsere Unterlegenheit beweist. Daraus ergibt sich für den Berichtersteller die Frage, wie es zu diesen unterschiedlichen Bewertungen kommt. Ich glaube, daß der wesentliche Grund darin besteht, daß man unterschiedliche Kriterien zugrunde legt. Es wird bei seriöser Arbeit

darauf ankommen, ein Verfahren zu entwickeln, das alle Substanzpunkte mit in die Bewertung einbezieht, und zwar sowohl quantitative Elemente als natürlich auch qualitative Elemente.

Hinsichtlich der Fähigkeit will ich jetzt einige Beispiele, einige Faktoren nennen, die berücksichtigt werden müssen; die Moral der Streitkräfte, der Ausbildungsstand, die Fähigkeit zur schnellen Mobilisierung, zur schnellen Heranführung von Reservisten, die geographischen Verhältnisse in den Bündnissen und Einzelstaaten, die taktischen und strategischen Führungsgrundsätze, die Führungsfähigkeit, die Beweglichkeit von Verbänden, die Präzision der Waffensysteme und überhaupt die Haltbarkeit des Materials. Das sind einige Elemente, die dort hineingehören. Es gibt einen anderen Bereich, den wir berücksichtigen müssen; das sind die Absichten, die man bewerten muß. Zunächst sind beim potentiellen Angreifer zu berücksichtigen, die politische Meinungsbildung und Entschlußfassung, die verdeckten Maßnahmen zur Vorbereitung eines Krieges, das politische und militärische Zusammenspiel der Partnerstaaten in demselben Bündnis, die Überzeugung bei den Streitkräften und bei den Völkern, ob die Vorbereitung auf einen Krieg gerecht ist. Beim Verteidiger geht es um die Fähigkeit, analysieren zu können, ob eine Aggression bevorsteht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, weil die politische Führungsentscheidung Voraussetzung für die Sicherheit des eigenen Landes und des eigenen Bündnisses ist. Davon hängt auch der Zeitraum ab, den man für die Mobilisierung nicht nur der Streitkräfte, sondern auch der wirtschaftlichen Kapazitäten und Ressourcen hat. Das sind einige der Überlegungen, die dabei angestellt werden müssen, und beide Komplexe, die ich angeführt habe, eignen sich nicht, um — ich möchte es so sagen — in einer „Datenbank“ gespeichert zu werden; denn in einer Datenbank kann ich nur Zahlen, aber nicht Fähigkeiten und Absichten speichern. Deswegen ist aber eine zahlenmäßige Bewertung von Streitkräften nicht unwichtig. Wir müssen nur den relativen Wert erkennen, den sie haben, wenn andere Faktoren unberücksichtigt bleiben.

Für die Aussagen zum Kräfteverhältnis, wie sie von der NATO und vom Warschauer Pakt veröffentlicht wurden, bedeutet das, daß eine Beurteilung des militärischen Kräfteverhältnisses nur dann vollständig und realistisch ist, wenn drei Gebiete erfaßt sind: erstens ein Vergleich der Stärken der Streitkräfte, der die Personalstärken, die verfügbaren Waffensysteme, Ausrüstung, Bevorratung und alle sonst zahlenmäßig erfaßbaren Angaben der militärischen Kräfte auf beiden Seiten gegenüberstellt und so einen quantitativen Kräftevergleich aufstellt. Zweitens ist es ein Vergleich, der numerisch nicht erfaßbaren Faktoren, die auf beiden Seiten die Einsatzbereitschaft, Kampfkraft und den Kampfwert der Streitkräfte bestimmen, wie z. B. Ausbildung, Bildungsstand, Zuverlässigkeit des Personals und technische Leistungsfähigkeit der Waffensysteme.

Beide Vergleiche müssen vor dem Hintergrund der gegebenen Voraussetzungen gesehen werden, die die Kriegsführung beeinflussen. Hierzu gehören —

das ist das dritte Element — die geostrategischen Bedingungen, die ethnologischen Probleme, technische und wissenschaftliche Potentiale, rüstungstechnische und rüstungswirtschaftliche Potentiale und andere Bedingungen. Das sind drei Elemente, die nebeneinander bewertet werden und anschließend zu einer Beurteilung der Kräftelage zusammengeführt werden müssen. Ohne die Berücksichtigung aller drei Elemente kommen wir nicht zu einem zutreffenden Ergebnis. Hieraus ergibt sich, daß eine Beurteilung der Kräfteverhältnisse sehr umfangreich ist. Die meisten Veröffentlichungen beschränken sich auf die Betrachtung der rein militärischen Zahlen, also auf den quantitativen Kräftevergleich. Sie lassen die beiden anderen Elemente unberücksichtigt.

Eine Bemerkung über die Verfügbarkeit von Quellen. Während wir im NATO-Bereich eine Flut von Veröffentlichungen zur Kenntnis nehmen können, finden wir im Warschauer Pakt nichts dergleichen. Das führt einerseits dazu, daß die Chance, auf unserer Seite eine realistische Bewertung anzustellen, größer ist, weil Diskussionen über Veröffentlichungen ausgelöst werden und über intellektuelle Auseinandersetzung die Treffsicherheit der Beurteilung der Lage vergrößert wird. Auf Grund dieser Diskussionen ergibt sich auch der Zweck von Streitkräften. Diese Art der öffentlichen Diskussion gibt dem Bürger die Möglichkeit, das Wesen der Strategie zu erfassen, sich selbst an der Diskussion zu beteiligen und sich auch damit identifizieren zu können. Alle diese Entwicklungen finden wir auf der anderen Seite im Warschauer Pakt nicht.

Ich habe dann im Bericht folgende Komplexe gegenübergestellt: Auswahl und Erläuterung der Veröffentlichung, Beurteilung der Gesamtlage Ost/West, mögliche sowjetische Vorstellungen über die militärische Entwicklung, Rolle und Aufgabe der verschiedenen Streitkräfte, Fähigkeiten der verschiedenen Streitkräfte, mögliche Erscheinungsformen bewaffneter Konflikte und Truppenstärke in Mitteleuropa.

Sie finden im Bericht eine Tabelle, die interessant ist, weil sie eine Gegenüberstellung der Streitkräfte des Warschauer Paktes mit den Streitkräften der NATO und den der NATO benachbarten Streitkräfte zeigt. Es geht darum, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die andere Seite das aus ihrer Sicht bewertet. Während wir die Kräfte der NATO und des Warschauer Paktes für die Kräfteverhältnisse gegenüberstellen, geht der Warschauer Pakt, insbesondere die Sowjetunion, deutlich darüber hinaus und rechnet der westlichen Seite, der NATO-Seite andere Potentiale hinzu. Das ist bei uns nicht akzeptabel, weil es die Diskussion über Fragen der Parität beeinflusst, und zwar bei SALT und bei MBFR. Wir müssen dieses Problem offensiv diskutieren und können dem Warschauer Pakt nur erlauben, daß Fragen der Parität, die gelöst werden müssen, wenn wir Abkommen über Rüstungskontrolle erzielen wollen, im Rahmen von NATO und Warschauer Pakt zulässig sind.

Ich möchte abschließend zu diesem ersten Teil folgende persönliche Bemerkung machen: Der Vergleich der militärischen Kräfte ist ein wichtiges Ele-

ment zur Beantwortung der Frage, wie sicher wir im eigenen Bündnis leben. Die Verhaltensweise der Streitkräfte des Warschauer Paktes beim zahlenmäßigen Aufwuchs von Waffen und Soldaten oder beim Einfrieren der Umfänge gibt wichtige Hinweise auf deren politisches Verhalten. Insofern sind natürlich reine militärische Kräfteverhältnisse im numerischen Bereich wichtig, weil sie auf Tendenzen hinweisen.

Zur Beantwortung der Frage, ob wir eine hinlängliche Sicherheit haben oder nicht, reicht das Element jedoch allein nicht aus. Wir müssen nach sechs Jahre dauernden MBFR-Verhandlungen in Wien feststellen, daß beide Seiten miteinander immer noch nicht über die gleichen Zählkriterien verfügen. Dazu gehört, um nur ein Beispiel zu nennen, daß man sich darüber verständigt, welche Streitkräfte zu den Landstreitkräften gezählt werden, zur Marine oder zur Luftwaffe. Diese Klarheit ist noch nicht gegeben. Dazu gehört, daß fast alle Staaten Wehrpflichtstreitkräfte besitzen. Man muß sich auf einen Modus verständigen über den Auffüllgrad der Verbände mit Wehrpflichtigen.

Wir haben bisher noch keine Diskussionen über Waffenvergleiche geführt. Ich persönlich glaube, wenn wir die Datendiskussion, die wir über militärisches Personal führen, in den Waffenbereich ausdehnten, geraten wir in ein Dickicht, aus dem man sich kaum befreien kann. Es gibt keine Parameter, um genügend klar die verschiedenen Panzer, die verschiedenen Flugzeuge gegenüberzustellen. Wir würden in technische Einzelheiten abrutschen, die auch für die politische Gesamtbewertung nicht den Wert haben, die manche ihnen zumessen.

Wenn wir die militärischen Kräfteverhältnisse zwischen NATO und Warschauer Pakt bewerten, kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Sicherheit zur Zeit für die NATO gegeben ist. Wenn aber der Warschauer Pakt seine Anstrengungen im derzeitigen Umfange fortsetzt und die NATO nicht eigene Maßnahmen gegenüberstellt, werden wir in den 80er Jahren sicherheitspolitische Probleme bekommen. Deswegen war es eine richtige Entscheidung, das NATO-Langzeitprogramm zu beschließen und auch zu realisieren. Es finden Verbesserungen im konventionellen Bereich und im taktisch-nuklearen Waffenbereich statt. Im strategischen Nuklearwaffenbereich haben sich USA und Sowjetunion auf Parität verständigt. Wir verhandeln im Augenblick in der NATO über eine Entscheidung über die Mittelstreckenpotentiale. Es gibt hier eine große Überlegenheit der Sowjetunion. Wir hoffen, bis zum Ende des Jahres einen politischen Konsens formulieren zu können, der dem Warschauer Pakt das Angebot macht, über Rüstungskontrollverhandlungen das uns bedrohende Problem zu lösen. Wir müssen nach meiner Überzeugung dem Warschauer Pakt in diesem Beschluß aber auch klar zum Ausdruck bringen, daß wir, wenn er uns nicht weit genug entgegenkommt, durch Nuklearwaffenentscheidung für einen Ausgleich sorgen müssen.

Die NATO ist nicht erpreßbar. Wir sorgen dafür, daß die Gefahr im Laufe der 80er Jahre auch nicht entsteht.

In meinem zweiten Teil sollte ich einige Bemerkungen über MBFR machen. Ich habe zunächst die Entwicklung seit 1973 geschildert, habe dann die Verhandlungen bewertet und einen kurzen Ausblick gegeben. Ich bitte um Verständnis dafür, daß die jüngste Entwicklung noch nicht enthalten ist. Die Entwicklungen sind noch nicht abgeschlossen, man kann sie noch nicht bewerten.

Zum Abschluß möchte ich zum MBFR-Teil noch drei Bemerkungen machen. Erste Bemerkung: Durch die westliche Initiative und die Antwort des Warschauer Paktes, die er 1978 gegeben hat, haben wir den gravierendsten Fortschritt der Wiener Verhandlungen erlebt. Man kann heute davon ausgehen, daß die Rahmenbedingungen für die MBFR-Politik beider Seiten übereinstimmen. Wir dürfen kein MBFR-Abkommen unter Vernachlässigung der Parität abschließen. Wir dürfen auch kein MBFR-Abkommen unter Vernachlässigung der Kollektivität abschließen. Was meine ich damit? Es gibt ein Zahlenmißverständnis über den Umfang der Streitkräfte des Warschauer Paktes in Mitteleuropa. Die Zahlen differieren um über 150 000. Solange dieses Mißverständnis bei der Datendiskussion nicht aufgeklärt ist, kann es kein Abkommen geben, weil man keine Abkommen auf Mißtrauen bauen kann. Man kann keine Abkommen auf Sand bauen. Wir wünschen uns, daß MBFR genau wie SALT ein Prozeß wird. Wenn das erste Abkommen in diesem Bereich auf Mißtrauen aufgebaut ist, kann sich daraus kein Prozeß entwickeln. Deswegen brauchen wir die Aufklärung der Daten.

Zweitens darf es kein Abkommen geben, das dem Warschauer Pakt die Möglichkeit gibt, in Zukunft auf sicherheitspolitische Entscheidungen der NATO Einfluß nehmen zu können. Das heißt, die Entscheidungen müssen kollektiv getroffen werden. Das ist die eine Seite. Andererseits müssen wir, während uns der Warschauer Pakt Aufklärung über die Zahlendifferenz geben muß, nach meiner Überzeugung dem Warschauer Pakt Klarheit darüber geben, daß sich die einzelnen NATO-Staaten, obwohl wir kollektiv abschließen, angemessen an den Reduzierungen beteiligen werden.

Eine dritte Bemerkung: Genauso wichtig wie Reduzierungen sind vertrauensbildende Maßnahmen. Wir müssen in Mitteleuropa den Streitkräften die Sofortangriffsfähigkeit nehmen: Rechtzeitige Ankündigung von Manövern, rechtzeitige Ankündigung der Zuführung von Streitkräften, Beobachter an bestimmten Punkten, an denen Streitkräfte in einen Raum hineingeführt oder zurückgeführt werden, heben und stärken das Vertrauen für Abkommen. Es ist festzustellen, daß beide Seiten diesem Element inzwischen eine größere Aufmerksamkeit schenken. Nach meiner Meinung müssen sie unverzichtbarer Bestandteil sein.

Letzte Bemerkung: Über diese drei Elemente wird im Augenblick in den MBFR-Verhandlungen diskutiert. Wir alle hoffen, daß durch die SALT-Unterzeichnung in Wien MBFR neue Impulse bekommt. —

Ohne Beachtung dieser Prinzipien der Parität und der Kollektivität werden wir MBFR-Abkommen nicht

zustimmen. Wir haben den Eindruck, daß sich der Warschauer Pakt auf die Rahmenbedingungen unseres Konzeptes eingestellt hat und daß er sich auch in den Einzelfragen bewegt.

Parallel dazu — damit komme ich zurück zum ersten Teil und fasse meine Bemerkungen zusammen — müssen eigene Verteidigungsanstrengungen unternommen werden. Ohne diese Anstrengungen kann die Politik der Rüstungskontrolle keinen Fortschritt machen. Ich glaube, wir können hier feststellen, daß die Staaten des Westens in der Vergangenheit die nötigen Maßnahmen getroffen haben, die für unsere Sicherheit notwendig sind. Mit dem NATO-Langzeitprogramm haben wir eine neue gravierende Entscheidung getroffen, die uns auch für die Zukunft die Sicherheit erhalten kann. Wir stehen also auf sicherem Boden, um in gleich intensiven Anstrengungen — das fehlt manchmal — die Rüstungskontrollpolitik voranzuführen und die Stabilität in Europa auch dadurch zu verbessern, daß wir militärische Paritäten herbeiführen und dann auf niedrigem Niveau stabilisieren.

Böhm (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ich gestehe, daß ich in tiefer Sorge um die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit des Westens bin. Der Sowjetunion ist es im Rahmen ihres unveränderten Strebens nach der Weltrevolution gelungen, in Europa und insbesondere bei vielen seiner Bürger den Eindruck tatsächlicher Entspannung und friedlicher Koexistenz hervorzurufen. Aber während sie in Europa an der Schaffung einer Zone scheinbaren Friedens mitwirkt, versucht sie gleichzeitig in Afrika und in Asien, die Rohstoff- und Energiequellen eben dieser europäischen Industriestaaten unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dabei hat sie im Zeichen einer sogenannten Friedenspolitik erschreckende Erfolge erzielt, während breite Kreise der europäischen Politik sich dem Eindruck friedlicher Koexistenz hingeben und die Wachsamkeit vernachlässigen.

Der Kollege Pawelczyk hat in seinem Bericht auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen **Datendiskussion bei MBFR** hingewiesen, über die, was die Truppenstärke betrifft, vom sowjetischen Generalsekretär Breschnew mit der Bemerkung hinweggegangen wird — ich zitiere ihn —, „es handele sich um Streitereien über die Methoden der Berechnung des Personalbestandes der Streitkräfte — bis hin zum letzten Feldkoch und Sanitäter.“

Angeichts der erheblichen Überlegenheit des Warschauer Paktes im Bereich der konventionellen Streitkräfte und der Tatsache lokaler Kriege auch im Nuklearzeitalter muß der Stärke der Truppen sowie deren Ausbildung und Ausrüstung größte Bedeutung zugemessen werden. Ich möchte an einem Beispiel aufzeigen, in welcher Weise der Warschauer Pakt die Zahl der tatsächlich verfügbaren militärischen Kräfte manipuliert und in welcher bedauerlicher Weise der Westen bisher auf solche Entwicklungen reagiert hat. Ich finde auch im Bericht des Kollegen Pawelczyk keinen Hinweis auf das Thema, das ich anzuschneiden gedenke.

Ich möchte die verehrten Kolleginnen und Kollegen auf die rund 500 000 Mann starke „zweite Armee“ der DDR hinweisen, die jetzt 25 Jahre alt ist und unter dem Namen „**Kampfgruppen der Arbeiterklasse**“ der DDR auch dann noch eine erhebliche militärische Macht verschaffen würde, wenn diese sich entschlösse, ihre zahlenmäßig halb so starke Nationale Volksarmee völlig aufzulösen.

Bisher ist diese „Zweitarmee“ in die Abrüstungsverhandlungen in Wien nicht einbezogen, weil dort nur die uniformierten, kasernierten Soldaten gezählt werden, nicht aber eine Armee wie die auf der Ebene der Betriebe und der Verwaltungen organisierten Kampfgruppen der DDR, selbst wenn sie in Mobilisierungsgrad, Ausbildung und Bewaffnung von ernst zu nehmender militärischer Bedeutung sind, wie es hier der Fall ist.

Es gibt auch in anderen Staaten des sogenannten sozialistischen Lagers Volksmilizen oder Arbeitermilizen, beispielsweise in Bulgarien 150 000, in der Tschechoslowakei 120 000 und in Ungarn 60 000 Mann, aber diese sind hinsichtlich der Einsatzfähigkeit mit den Kampfgruppen der DDR in keiner Weise zu vergleichen. Die Kampfgruppen in der DDR sind als Parteiarmee der kommunistischen SED, was ihre militärische und ideologische Kraft und Bedeutung angeht, am ehesten mit den Verbänden der SA und der SS im nationalsozialistischen Deutschland zu vergleichen.

Die Geschichte der Kampfgruppen reicht in die Zeit nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 zurück, als sie unter der Bezeichnung „SED-Betriebskampfgruppen“ als sogenannte „Arbeiterwehren zum Schutz der Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates“ gegründet wurden.

Sie sind heute überall in der DDR als vollmotorisierte schwere Infanterie und als Spezialeinheiten organisiert. Diese Parteiarmee unterscheidet sich kaum von regulären Streitkräften. Sie verfügt über schweres Gerät und schwere Waffen, über allein 8500 Granatwerfer, Flugabwehr von der Vierlingsflak bis zur 3,7-cm-Kanone, Panzerabwehrlenkkraketen vom Typ Sagger, Artillerie mit direktem und indirektem Richten und Pioniergerät, Schützenpanzer, Aufklärungsfahrzeugen und Fernmeldegerät. Die „Allgemeine Schweizer Militärzeitung“ berichtet von 485 Kampfpanzern der Typen T 54 und T 55 sowie von 420 leichten Panzerfahrzeugen. Diese Ausrüstungen befähigen die Kampfgruppen, an der Seite der Nationalen Volksarmee zu kämpfen und Aufgaben im Flankenschutz und bei der Flugabwehr zu übernehmen. Die Kampfgruppen entfalten darüber hinaus militärisches Gepränge mit Orden und martialischem Auftreten. Bei Aufmärschen und Paraden unterscheiden sie sich in Disziplin und militärischem Auftreten nicht von der Nationalen Volksarmee der DDR. Ihre Gliederung ist dem militärischen System angepaßt. Große Betriebe haben ihre eigenen Bataillone, die — wie bei den regulären Streitkräften — über Stabs- und Versorgungsteile verfügen. Sie sind losgelöst vom Standort einsatzfähig.

Für die DDR sind die Kampfgruppen darüber hinaus eine sehr preiswerte Armee. Unterkünfte, Ver-

sorgungseinrichtungen und Verpflegung stellen die Betriebe oder Verwaltungen, und die „Genossen Kämpfer“, wie sie offiziell heißen, sind im Betrieb oder in der nahegelegenen Wohnung jederzeit verfügbar und auf diese Weise schnellstens mobilisierbar.

Den Jugendlichen und Kindern in der DDR werden die Mitglieder der Kampfgruppen als leuchtende Vorbilder hingestellt. Die ideologische Erziehung zum Haß und die Militarisierung des ganzen Lebens in der DDR werden systematisch betrieben.

In der militärischen Ausbildung wird seit 1968 zielstrebig auf die operative Einsatzfähigkeit hingearbeitet, so daß in den Jahren 1973 bis 1976 Verbandsausbildung mit Schwerpunkt Taktik und von 1977 bis 1980, also in der gegenwärtigen Zeit, Komplexausbildung mit Schwerpunkt Taktik, Angriff, Aufklärung und Schutzausbildung durchgeführt wurden bzw. werden. Die Ausbildung findet u. a. mit dem scharfen Schuß auf den Truppenübungsplätzen der Armeen des Warschauer Paktes statt. Diese Ausbildungsplanung beweist die operativen Fähigkeiten der Kampfgruppen. Im Deutschen Bundestag hat die Bundesregierung den Einsatz der Kampfgruppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Konfliktfall als nicht ausgeschlossen bezeichnet.

Meine Damen und Herren, wer über Abrüstung und Truppenreduzierung in Europa spricht, kann und darf an der militärischen Bedeutung dieser Kampfgruppen nicht vorbeigehen. Solange sie als sogenannte „paramilitärische Verbände“ bei den MBFR-Gesprächen nicht einbezogen werden, besteht Gefahr.

Gestatten Sie mir, daß ich zum Schluß führende Militärs und Militärpolitiker der DDR zitiere. Die politisch und militärisch zuständigen DDR-Repräsentanten haben nämlich neuerdings die Kampf- und Überlegenheitsbedeutung der Kampfgruppen mit erheblichem Nachdruck hervorgehoben. So erklärte Konrad Neumann, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, folgendes:

Auch die Kampfgruppen der Arbeiterklasse der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik empfinden die nationale und internationalistische Verpflichtung, als Formation und Bestandteil des Verteidigungsbündnisses des Warschauer Vertrages die Landesverteidigung der DDR weiter zu stärken und getreu ihrem Gelöbnis zu jeder Stunde gemeinsam mit allen bewaffneten Organen unseres Arbeiter- und Bauernstaates und in unverbrüchlicher Waffenbrüderschaft mit der ruhmreichen Sowjetarmee den Sozialismus zuverlässig zu schützen.

Generaloberst Scheibe, der Leiter der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED, erklärte:

Gut entwickelt hat sich auch die Zusammenarbeit (der Kampfgruppen) mit Dienststellen der Nationalen Volksarmee bzw. der Grenztruppen der DDR.

Verteidigungsminister Hoffmann erklärte auf einer militärpolitischen Großveranstaltung in Rostock im vergangenen Jahr:

Ist die Grenzsicherung schnell zu verstärken, die staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten, sind Diver-

sionskräfte und Luftlandeeinheiten zu zerschlagen, wichtige Objekte im eigenen Hinterland zu sichern und die Operationsfreiheit der Vereinigten Streitkräfte zu gewährleisten, dann rechnet jeder Kommandeur und jeder Stab in der Nationalen Volksarmee und in der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte auch mit den Formationen unserer Kampfgruppen als einsatzstarken und zuverlässigen Waffengeführten, als einem unverzichtbaren Bestandteil sozialistischer Landesverteidigung.

Es ist undenkbar, daß eine so klare, offensichtlich auf höchster politischer Ebene abgesprochene Sprache von Verantwortungsträgern der DDR in Fragen der Sicherheit nicht die volle Zustimmung der Sowjetunion hat. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, den Bündnisgegner nicht ernst zu nehmen käme einer Selbsttäuschung gleich, die von den eigenen Wünschen und Maßstäben auf andere schließt. Es wäre verhängnisvoll, wollten wir bei der Diskussion des Berichts und bei unserem politischen Handeln dies nicht bedenken. Vielen Dank!

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Berichterstatter herzlich für seinen Bericht danken, und zwar auch dann, wenn ich mit einem Teil seiner Ausführungen durchaus nicht einverstanden bin. Ich freue mich darüber, weil der Versammlung ein so umfassender Bericht über ein sehr komplexes Thema vorgelegt worden ist und wir auf diese Weise die Möglichkeiten haben, über den Gesamtkomplex zu diskutieren.

Gestatten Sie mir meine etwas andere Position auf Erklärungen des früheren britischen Abrüstungsministers Lord Chalfont aufzubauen, auf Erklärungen eines Mannes, der immerhin aus dem sozialistischen Lager kommt und in der Regierung Wilson eine außerordentlich wichtige Funktion hatte. — Herr Lewis bestreitet dies zwar, wie ich eben höre, aber Lord Chalfont war immerhin für die Regierung Wilson tätig; dies ist, glaube ich, unbestreitbar.

Lord Chalfont hat die Erklärung abgegeben, man könne nur ein vernünftiges Bild der Gesamtsituation bekommen, wenn man die Stärke der Kräfte der Sowjetunion und des Warschauer Paktes kenne. Er hat dazu eine Reihe von Zahlen genannt, die sicher nicht aus irgendwelchen Geheimdienstquellen stammen, sondern ihm aus seiner Zeit als Abrüstungsbeauftragter zur Verfügung standen. Er hat schlicht festgestellt, daß die Sowjetunion in den letzten Jahren immerhin zwischen 10 und 15 % ihres Bruttosozialprodukts für militärische Ausgaben aufwendet, während die USA 6 % ihres Bruttosozialprodukts und die übrigen NATO-Staaten 3,5 % ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigungsausgaben vorsehen. Er hat desgleichen festgestellt, daß sich die Zuwachsraten der sowjetischen Rüstungsausgaben in den vergangenen zehn Jahren wenigstens verdoppelt hat, während die Zahlen für die westlichen Staaten, sprich: für die Mitgliedstaaten der NATO, gleichgeblieben sind.

Außerdem geht er davon aus — er bezieht sich hier ausdrücklich auf amerikanische Quellen —, daß im Jahre 1978 die Sowjetunion 42 % mehr für Rüstungsausgaben in ihrem Budget hatte als die Ver-

einigten Staaten. Wenn ich nun hinzufügen darf, daß das britische Weißbuch zur Verteidigung — ein Dokument der Regierung Callaghan aus dem Jahre 1979 zu Beginn dieses Jahres mitteilte, die Sowjetunion habe seit 1968 ihre Panzerverbände um 38 % verstärkt und die Zahl ihrer Schützenpanzer um 83 % erhöht, während die Schlagkraft der sowjetischen Kriegsmarine im östlichen Atlantik um 8 % bei U-Booten und um 53 % bei den übrigen Schiffen zunahm, so müssen wir feststellen, daß nach Quellen, die uns zur Verfügung stehen und die sicher nicht von sogenannten kalten Kriegern erforscht worden sind, während der vergangenen Jahre in der sowjetischen Rüstung außerordentliche Anstrengungen vorgenommen wurden.

Wir müssen des weiteren feststellen — und auch diese Zahlen sind offensichtlich unbestritten —, daß seit der SALT-I-Vereinbarung im Jahre 1972 die Zahl der sowjetischen Fernraketen extrem gesteigert worden ist — dies also trotz der Abmachungen, die damals getroffen worden sind — und daß man heute sogar die Befürchtung hegt, die Sowjetunion könne zu Beginn der 80er Jahre rund 60 % der amerikanischen Fernraketen zerstören, ohne sich selbst der Gefahr eines Zurückschlagens auszusetzen.

Wenn Sie außerdem noch die Zahlen nehmen, die besagen, daß die sowjetischen Landstreitkräfte einschließlich der paramilitärischen Verbände des Staatssicherheitsdienstes und des Innenministeriums inzwischen auf 3,5 Millionen Mann angewachsen sind, während auf amerikanischer Seite 2,1 Millionen Mann unter Waffen stehen, und wenn Sie des weiteren bedenken, daß rund 40 000 sowjetischen Kampfpanzern nur rund 10 000 westliche gegenüberstehen, wird Ihnen deutlich, daß die Sowjetunion — und ich muß hinzufügen: auch die übrigen Staaten des Warschauer Paktes — ganz offenkundig eine Rüstung betreiben, die weit über die normalen Verteidigungsanstrengungen selbst einer Großmacht hinausgeht.

Ich muß zu meinem Bedauern feststellen: In dem vorliegenden Entwurf der Entschließung ist über diese Zahlen leider allzu wenig oder gar nichts enthalten, so daß wir gerade in diesem Punkte seitens der Versammlung eigentlich gerade das nicht aussagen können, was gesagt werden müßte.

Ich muß ferner sagen: Ich bedaure, daß in der Entschließung leider auch eine mißverständliche Formel vom **militärischen Gleichgewicht** enthalten ist, eine Formel, die den Eindruck erweckt, als existiere letztlich doch eine Art von militärischem Gleichgewicht in Europa.

Deswegen möchte ich den Herrn Berichterstatter und den Vorsitzenden des Ausschusses sehr herzlich bitten, zu überlegen, ob sie nicht auch jetzt noch die Möglichkeit sehen, ihren Entschließungsentwurf umzuformulieren, damit er die exakte offensive sowjetische Gefahr stärker verdeutlicht, als das bisher der Fall ist, und klar all jene Tendenzen zurückweist, die glauben, die Macht, die die Sowjetunion aufgebaut hat, sei rein defensiv. Ich danke Ihnen.

Handlos (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf ganz

kurz zu drei Punkten Stellung nehmen, nachdem die SALT-Verhandlungen nunmehr abgeschlossen sind und sich wahrscheinlich das gesamte Interesse auf **MBFR** in Wien konzentrieren wird. Die drei Punkte sind die Datendiskussion in Wien, die geplanten Verifizierungsmaßnahmen und die Frage, warum Ungarn nicht in der Reduktionszone ist.

Meine Damen und Herren, zum ersten Punkt: Wir alle wissen, daß sich die Sowjetunion jahrelang geweigert hat, in Wien in eine **Datendiskussion** einzutreten. Sie wollte einfach nicht die Karten auf den Tisch legen, wollte nicht sagen, wieviel militärisches Personal nunmehr in der Reduktionszone vorhanden ist. Um das Thema zu verkürzen, erklärt die Sowjetunion nun — wie der Berichterstatter heute auch schon zum Ausdruck brachte —, daß eine Parität bei den Truppen in Mitteleuropa in etwa erreicht sei; 150 000 Mann werden irgendwohin weggezaubert, sie sind einfach nicht mehr auf der Bildfläche, obwohl wir ganz genau wissen, daß von Seiten des Warschauer Paktes mindestens 150 000 Mann mehr im Reduzierungsraum stehen als bei uns. Dies wird in Wien eines der Themen sein: daß wir uns intensiv damit beschäftigen, daß es zu einem wirklichen Gleichstand kommt.

Zu den **Verifizierungsmaßnahmen**: Selbst dann, wenn in der ersten Phase 29 000 Amerikaner mit entsprechenden nuklearen Trägerwaffen und auf der anderen Seite 68 000 russische Soldaten und 1700 Panzer zurückgezogen würden, wäre nur ein theoretisches Gleichgewicht in Europa erreicht, weil auf Grund der Truppenmanöver der Ostblockstaaten klar ist, daß die zivile Transportkapazität von Aeroflot — ohne die militärische Lufttransportkapazität — derart groß ist, daß dieses theoretische militärische Gleichgewicht innerhalb von Stunden zugunsten der Sowjetunion verschoben werden kann, während es wochenlang dauert, bis die Amerikaner wieder über den Atlantik zurück sind. Auch das sollte man nicht vergessen. Ich wiederhole, daß innerhalb von Stunden nach einem MBFR-Abkommen dieses theoretische Gleichgewicht wieder zu einem Ungleichgewicht zugunsten der Sowjetunion werden kann. Eine Verifizierung in diesem Falle ist äußerst schwierig. Es werden sich hier dieselben Probleme ergeben, die sich auch bei SALT II ergeben, wenn es um die Verifizierung geht; deshalb ja auch der Widerstand mancher US-Senatoren.

Ein dritter entscheidender Punkt — damit komme ich schon zum Schluß — ist die Frage nach **Ungarn**. Ungarn ist nach wie vor nicht in der Reduktionszone, und dies aus der Sicht der Sowjetunion aus ganz bestimmten Gründen. Ungarn entwickelt sich immer mehr zu einer Aufmarschplattform für die Sowjetunion. Ungarn ist damit ein Sprungbrett nach Jugoslawien, wenn eines Tages Tito von der politischen Bühne abtritt, es ist weiter ein Sprungbrett in den Nahen Osten, zu den Erdölquellen, und ferner ist durch die immer größere militärische Kapazität der Sowjetunion in Ungarn die Gefahr gegeben, daß nach einem schnellen Durchstoßen durch Österreich die Südflanke der NATO in höchstem Maße bedroht ist. Auch dies sollten wir nicht vergessen, weil die Sowjetunion selbst dann, wenn sie MBFR erfüllt, be-

rechtigt ist, in Ungarn wesentlich mehr Kräfte zu stationieren, als es bisher der Fall ist.

Die Westeuropäische Union sollte in den nächsten Monaten und Jahren, solange in Wien verhandelt wird, ihr Augenmerk darauf richten, daß die möglichen Verhandlungsergebnisse nicht von vornherein unterlaufen werden, indem zwar theoretisch die Kräfte reduziert, in der ungarischen Tiefebene aber wieder für neue mögliche Abenteuer in Richtung Westen versammelt werden. Ich glaube deshalb, daß stärker als je zuvor auch für uns in der Westeuropäischen Union der Wahlspruch gilt: Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, daß der kommunistische Senator Serge Boucheny nicht vor mir gesprochen hat, obgleich er auf der Rednerliste steht. Aber dennoch glaube ich, ihm einiges in sein kommunistisches Stammbuch schreiben zu können. Ich hoffe, er wird es nachlesen. Als man 1919 das erste Friedensjahr schrieb, also vor 60 Jahren, gab es Parolen, wie „Nie wieder Krieg“, es war die Zeit der Gründung des Völkerbundes und der Versuch, Europa zu schaffen. Ich nenne zwei Namen: Aristide Briand und Gustav Stresemann! Europa war gewissermaßen das selbstverständliche Friedensprogramm, um nach den Schrecken des Ersten Weltkrieges wenigstens für künftige Generationen Ähnliches zu vermeiden. Dennoch kam der Zweite Weltkrieg, weil ideologische Bewegungen, der Nationalsozialismus in Deutschland, der Faschismus in Italien, den Krieg in die Durchsetzung ihrer politisch-ideologischen Vorstellungen einbezogen und den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln kalkultierten, sich darauf einrichteten und einen europäischen Kriegsplan ausarbeiteten. Es folgte dann das schreckliche Ende der Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Das Nürnberger Tribunal sollte eine abschreckende Wirkung haben, und die Vereinten Nationen sollten neue Grundsätze für das Zusammenleben der Völker statuieren. Trotzdem beklagen wir Korea, Vietnam, Nahostkriege, Fernostkriege, blutige Kriege in Afrika.

Nunmehr versucht die Menschheit einen dritten Anlauf, um durch **kontrollierte Abrüstung** den Frieden sicherer zu machen. Es ist anzuerkennen, daß sowohl das Nordatlantische Bündnis als auch der Warschauer Pakt ihre Gleichgewichtsfunktionen und ihre friedenssichernde Wirkung in Europa immerhin 30 Jahre lang gewährleistet haben. Es ist dankenswert, daß unser Berichterstatter eine Summe von Zahlen und Rüstungsaussagen addiert, zusammenfaßt und bilanziert, und es ist erfreulich, daß der französische Kollege Baumel noch zusätzliche Anregungen gibt. Dennoch möchte ich davor warnen, sich in der Abrüstungs- und Friedenssicherungsfrage nur auf Zahlen, Fakten und gewisse Begrenzungsmöglichkeiten einzulassen. Wir müssen auch die ideologischen Offensivkräfte, die dem Kommunismus innewohnen, mit in unsere Überlegungen einbeziehen, und Gerade diese ideologischen Offensivkräfte des Kommunismus können sich in vielfältigster Form, insbesondere auch als sogenannte Befreiungsbewegungen, bemerkbar machen. Vergessen wir nicht,

daß auch der Zweite Weltkrieg mit gewissen Befreiungstendenzen für die Volksdeutschen in Danzig und vorher in Prag begann. Befreiungstendenzen sind, wenn sie entsprechend ideologisch verbrämt sind, auch ein Stück Krieg. Ich bitte daher die Abrüstungsfachleute, auch die geistige Grundlage kriegsrischer Entwicklungen mit in ihre Überlegungen einzubeziehen. Insbesondere sollte darauf geachtet werden, wieweit in den kommunistisch beherrschten Staaten die Erziehung zum Militarismus und zum Krieg durch die Verherrlichung von Gewalt und einen Heldenkult, der weit über normales Gedenken hinausgeht, so fortgesetzt wird, daß dort eine Generation entsteht, die den Krieg nicht ächtet, sondern die geistig zum Krieg mobilisiert wird. Es scheint mir neben den notwendigen Zahlen vonnöten zu sein, auch hier das geistig-expansive Potential mit in die Abrüstung und Friedenssicherung einzubeziehen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Es fällt mir leicht, zwei Aspekte nicht zu erwähnen, weil sie im Zusammenhang mit dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa bereits von Kollegen angeschnitten worden sind. Ich meine das, was mein Kollege Böhm zu den sogenannten paramilitärischen Betriebskampfguppen gesagt hat und was der Kollege Mende gerade vor mir zum Problem der geistig-ideologischen Auseinandersetzung hier vorgebracht hat. Nachdem auch der Herr Berichterstatter in der Einleitung seines Berichtes zu Recht darauf hinweist, daß man die Aspekte auch weltweit zu betrachten hat, erlauben Sie mir, ein paar Bemerkungen anzuschließen.

Zunächst einmal bin ich der Meinung — hierin unterscheide ich mich vielleicht sogar von einigen Kollegen, die die Situation ernster betrachten —, daß man durchaus anerkennen sollte, daß es in Mitteleuropa zu einem Gleichgewicht der Kräfte auch bei solchen Abrüstungsverhandlungen kommen kann, so daß zumindest das Risiko für einen Angriff so hoch liegt, daß niemand das Risiko eines Angriffs wagt, weil die Folgen für ihn nicht genau berechenbar und nicht einzuschränken sind. Nur muß man die Situation natürlich nicht nur in Mitteleuropa betrachten, sondern man muß darauf hinweisen, daß der Herr Berichterstatter selbst erwähnt hat, daß die Schwachstelle der NATO die *Südflanke* ist. Man muß weiter darauf hinweisen, daß gerade in diesen Tagen, wo wir uns alle in Europa Sorgen über die Energieversorgung machen, die Südflanke, der nordafrikanische Raum und der Nahe Osten von ganz großer Bedeutung sind. Wir wissen, daß die Sowjetunion heute versucht, außerhalb Europas die eigenen Positionen zu verbessern. Wir wissen, daß die Sowjetunion etwa im Bereich Äthiopien, also im Nahen Osten, massiv militärisch interveniert hat. Wir wissen, daß inzwischen offensichtlich der Versuch gemacht wird, von Jemen aus nach Südman in das Gebiet von Dhofar den Guerillakrieg wieder hineinzutragen, daß also hier Versuche gemacht werden, das in Europa bestehende Gleichgewicht auf anderen Ebenen zu umgehen.

Lassen Sie mich zu diesem Bereich zwei Bemerkungen machen. Zunächst kommt eine Feststellung.

Wir müssen feststellen, daß die Sowjetunion selbst internationale Konventionen und Verträge nicht einhält. Ich erwähne hier die Meerengenkonvention von Montreux, die ausdrücklich vorsieht, daß Flugzeugträger nicht durch die Meerengen, die Dardanellen und den Bosphorus fahren dürfen. Wir wissen, daß der sowjetische Flugzeugträger Kiew durch diese Meerengen aus dem Schwarzen Meer in das Mittelmeer gefahren ist. Man hat versucht, das zu kaschieren, indem man Lastwagen auf das Deck gestellt und ihn als Transporter ausgegeben hat, obwohl jedermann wußte, daß es ein Flugzeugträger ist. Dies ist auf jeden Fall eine Tatsache, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

Der zweite Punkt ist, daß der sowjetischen Strategie offensichtlich ein langfristiges Ziel zu unterstellen ist. Es gibt eine sehr interessante Verhandlung zwischen dem Botschafter Adolf Hitlers in Moskau, von der Schulenburg und dem damaligen sowjetischen Außenminister Molotow, in der die Einflüßbereiche in der Weltpolitik abgegrenzt worden sind. Das Drängen der Sowjetunion nach Europa wurde auf wenige Bereiche beschränkt. Das stellte sich bei dem Einmarsch der Armee des Dritten Reiches in Polen heraus, wo im Osten die Rote Armee ihre Positionen einnahm. Die baltischen Staaten wurden zur **Einflüßsphäre der Sowjetunion** erklärt. Genauso wurde das rumänische Gebiet von Bessarabien, ein Teil der heutigen Sowjetrepublik Moldau der Sowjetunion, in den Einflüßbereich der Sowjetunion gegeben. Das Interessanteste an dem damaligen Gespräch zwischen Molotow und von der Schulenburg war die Erklärung Molotows, die Hauptziele der sowjetischen Außenpolitik richteten sich nicht nach Westen in den Bereich Europas, wo damals das starke Nazideutschland war, sondern nach Süden, über Persien hinaus, in die Golfstaaten. Ich glaube, hier können wir eine gewisse Dauerhaftigkeit der sowjetischen Interessen feststellen. Es ist kein Zufall, daß der erste Freundschafts- und Handelsvertrag mit einem arabischen Land im Jahre 1929 zwischen der Sowjetunion und Jemen abgeschlossen worden ist und daß die Volksrepublik Jemen heute einer der Degen sowjetischer Politik auf der arabischen Halbinsel ist. Die Rebellion in Dhofar in Südoman wird aus dem Jemen hinausgetragen, die Konflikte zwischen Südjemen, der Volksrepublik Jemen und dem Nordjemen werden von Südjemen aus vorangetrieben. Das gleiche gilt etwa für das Horn von Afrika, die Konflikte im Bereich Äthiopiens, Somalias und Eritreas.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht erwähnen, daß die Sowjetunion in Yalta gefordert hat, daß die früheren italienischen Kolonien Eritrea, Somalia und Libyen an die Sowjetunion abgetreten werden. Als das abgelehnt worden ist, hat die Sowjetunion selbst bei der Pariser Außenministerkonferenz 1946 verlangt, wenigstens den Hafen von Massaua in Eritrea als einen Stützpunkt für die Sowjetunion im Rahmen der Friedensverhandlungen zu bekommen.

Meine sehr verehrten Kollegen, was wollte ich damit sagen? Sowjetische Politik muß langfristig betrachtet werden, sie muß nicht nur in Mitteleuropa,

sondern sie muß auch außerhalb Europas mit den Auswirkungen gesehen werden, die eine solche Politik auf Mitteleuropa haben kann. Wenn heute in Massaua sowjetische Kriegsschiffe stehen, die dort in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Äthiopien und Eritrea sind, dann ist das nur die konsequente Politik, die man bereits vor 30 oder 35 Jahren in diesem Bereich betrieben hat. Es ist etwas, das uns zu denken gibt und eigentlich veranlassen sollte, bei allen Verhandlungen, die wir über Truppenabbau und Truppenreduzierungen in Europa finden, die weltweiten Aspekte mit zu sehen. Ich möchte also an den Berichterstatter appellieren, nicht nur Mitteleuropa im Auge zu haben, sondern zu sehen, daß die Sicherheit Europas ganz entscheidend auch davon geprägt wird, was am Rande von Europa durch langfristige sowjetische Politik betrieben wird.

Pawelczyk (SPD): Ich möchte gern einige Bemerkungen zu den Beiträgen der Kollegen machen. Zunächst möchte ich mich für die Anregungen bedanken und auf meinen Auftrag hinweisen, den ich am Anfang sehr präzise genannt habe, wie ich glaube. Es ging nicht darum, den vielen Zahlenarbeiten eine neue hinzuzufügen; diese Aufgabe war mir nicht gestellt. Mir war vielmehr die Aufgabe gestellt, die Interpretation wichtiger Aspekte, die man aus der Literatur beider Seiten entnehmen kann, gegenüberzustellen.

Ich kann Herrn Baumel verstehen; aber ich habe als Mitglied des Verteidigungsausschusses der WEU den Auftrag bekommen, mich in diesem Bericht auch mit MBFR zu beschäftigen. Das ist ein Auftrag, und MBFR hat seine Rahmenbedingungen. Ich habe nichts dagegen, wenn wir über andere Überlegungen sprechen. Herr Baumel weiß, daß ich für den französischen Abrüstungsvorschlag sehr viel Sympathie habe; wir haben gemeinsam bei der NATO-Parlamentarierkonferenz in Oslo darüber diskutiert. Aber dies war nicht der Auftrag, sondern der Auftrag war es, die **MBFR-Entwicklung** von Anfang an zu schildern und eine Bewertung anzufügen. Nun komme ich zu den einzelnen Bemerkungen.

Herr Böhm, Sie wissen, daß ich Sie schätze, aber an einer Stelle stimmen wir nicht überein, und ich möchte, daß wir das gleich vom Tisch bekommen. Wenn Sie über **Betriebskampfgruppen** sprechen und in demselben Beitrag eine Verbindungslinie ziehen — ich hoffe, ich habe das falsch verstanden — zur SA und SS, ist das eine Beleidigung der Bürger, die in die Betriebskampfgruppen hineingezwungen werden. Wir wissen, daß die ganz große Mehrheit der Deutschen in der DDR ihr eigenes Regime nicht stützen. Sie schütteln den Kopf — vielleicht habe ich das falsch verstanden —, aber Sie haben die beiden Organisationen in Ihrem Beitrag erwähnt, der sich ausschließlich mit Betriebskampfgruppen beschäftigt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einige Bemerkungen zu den Betriebskampfgruppen machen. Es ist nicht so, daß die Arbeitnehmer in der DDR, die ihren Beruf ausüben, außerhalb ihrer Arbeits- und Dienstzeit gern und begeistert einen zweiten

Beruf, nämlich den des Soldaten, außerhalb der Dienstzeit ausüben und dabei ständig trainieren, um — jetzt zitiere ich Sie wieder — fast eine so gute Streitkraft wie die Nationale Volksarmee zu sein. Das alles ist nicht wahr. Wir alle wissen, daß sich die Offiziellen in der DDR, die dort Regierenden, gezwungen sehen, Wehrkundeunterricht in den Schulen einzuführen. Dies geschieht nicht deshalb, weil die Begeisterung für das Regime so groß ist, sondern weil sie nach unseren Erkenntnissen glaubten, durch diesen Unterricht die Bereitschaft, dem Regime zu dienen, verbessert werden konnte. Sie haben erhebliche Auseinandersetzungen in der DDR in Kauf genommen, um das durchzusetzen. So etwas tut kein Regime, wenn die freiwillige Bereitschaft zu den Leistungen vorhanden ist. Deswegen kann ich den Wert, den Sie diesen Organisationen geben, nicht bestätigen.

Jetzt zur Aufgabe der MBFR-Verhandlungen. In den MBFR-Verhandlungen konzentriert sich der Westen auf den Abbau der Konfrontation durch Streitkräfte, und er hat deshalb von Anfang an darauf verzichtet, die Reduzierung anderer Potentiale, wie z. B. auch Grenz- und Sicherheitstruppen zu fordern. Eine Ausdehnung des Verhandlungsgegenstandes auf andere militärisch einsetzbare Potentiale hätte auch zur östlichen Gegenforderung auf Einbeziehung anderer Organisationen auf unserer Seite geführt. Ich möchte hinzufügen: Die Bundeswehr besteht aus fast 500 000 Soldaten in Uniform, und es gibt in der Bundeswehr über 170 000 Mitarbeiter in Zivil in verschiedenen Funktionen. Darunter sind auch Funktionen, die in den Warschauer-Pakt-Streitkräften in Uniform ausgeübt werden.

Aus dieser Bemerkung ergibt sich also, daß denjenigen, die die westliche Verhandlungsposition definieren, sehr klar ist, daß es in der DDR Betriebskampfguppen gibt, daß wir sie aber nicht in MBFR eingeführt wissen wollen. Wenn wir die Betriebskampfguppen dort einführen, wird es im Gegenzug andere Aufrechnungen geben. Wir kommen damit in dieser Politik nicht voran, und wir verbessern die Sicherheit um keinen Deut. Das sind Bürger, die bei einer Streitkräftebewertung einen anderen, einen niedrigeren, Stellenwert haben. Wir selber haben in der Bundesrepublik Bürger in Tätigkeiten — ich nehme an, daß das in anderen NATO-Staaten auch der Fall ist — mit Funktionen im Grenzbereich. Wenn wir die Betriebskampfguppen in die Diskussion einführen würden, würden die Rahmenbedingungen der Verhandlungen erheblich verändert werden. Erreichte Fortschritte würden aufs Spiel gesetzt. Es gibt niemanden in der NATO, der an den MBFR-Verhandlungen beteiligt ist, der die Auffassung teilt, daß die Betriebskampfguppen dort eingeführt werden sollen. Das hat Ihnen auch unsere Bundesregierung mitgeteilt.

Herr Cook, ich teile Ihre Auffassung, daß wir uns sehr genau überlegen sollten, ob wir den Dialog mit China auch in der Weise führen, daß wir uns zum Waffenexporteur an China profilieren. Wir haben hier eine ausführliche Diskussion geführt —, das ist ein halbes Jahr her —, so daß wir das hier nicht in allen Einzelheiten auszuführen brauchen.

Als meine Auffassung möchte ich nur folgendes dazu sagen. Mit Ausnahme des militärischen Bereiches ist es unsere Aufgabe und auch unsere Pflicht, die Beziehungen zu China ständig zu verbessern und zu intensivieren. Es geht aber gegen unsere Interessen, Entwicklungen zu unterstützen, die zu neuen Konfrontationen zwischen Ost und West in Europa führen müssen. Wenn wir Waffenlieferant werden, wird das der Fall sein. Wir werden damit der Sowjetunion die Möglichkeit geben, eine ganz andere Paritätsdiskussion zu führen. Ich persönlich habe kein Interesse daran, daß wir selber durch aktives Handeln der Sowjetunion die Möglichkeit geben, das chinesische Potential als dem Westen zugehörig zu zählen und daraus eine Paritätserwägung herzuleiten.

Es ist richtig — auch darin stimme ich Herrn Cook zu —, daß sowjetische Streitkräfte in den Warschauer-Pakt-Staaten auch noch andere als militärische Funktionen haben. Ich denke aber, wir können es bei den MBFR-Verhandlungen nicht zulassen, daß wir ihnen einen Bonus geben, daß wir ihnen, anders gesagt, erlauben, mit solchen Begründungen über die Parität hinauszugehen. Wir müssen vielmehr bei unserem Grundsatz der annähernden Parität bleiben.

Es folgen einige Bemerkungen zu Herrn Baumel. Ich glaube nicht, daß es die Aufgabe dieser Diskussion, ausgelöst durch meinen Bericht, ist, über das NATO-Grundkonzept zu MBFR zu diskutieren. Das ist beschlossen. Nach diesem Konzept gehen wir vor, und wir sind froh darüber, daß die Warschauer-Pakt-Staaten nun endlich wesentliche Elemente dieses Konzeptes übernommen haben, so daß es leichter sein wird, sich auf ein erstes Ergebnis zu verständigen.

Ich verstehe, daß Herr Baumel wünscht, daß der französische Abrüstungsvorschlag gewürdigt wird. Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, mir seinen vollständigen Änderungstext anzusehen, und überlege, ob es eine Möglichkeit gibt, dort noch eine Würdigung dieser französischen Abrüstungskonzeption mit aufzunehmen. In der Tat bin auch ich der Meinung, daß dieser französische Abrüstungsvorschlag wesentliche Elemente enthält, die wir berücksichtigen müssen. Das ist nicht bei MBFR möglich. Das ist auch nicht das französische Interesse. Ich bin aber der Überzeugung, daß wir bei der Vorbereitung auf die KSZE-Folgekonferenz 1980 in Madrid wesentliche Elemente des französischen Abrüstungsvorschlages mit aufnehmen müssen. Das würde dazu führen können, daß mit dem Warschauer Pakt und der Sowjetunion darüber diskutiert werden muß, ob nicht vertrauensbildende Maßnahmen, die auch von der französischen Politik gewünscht werden, geographisch bis zum Ural ausgedehnt werden sollten. Wir wissen, daß die Sowjetunion diesen Vorschlag bisher nicht abgelehnt hat. Wir wissen aber auch, daß die Sowjetunion eigene Vorstellungen hinsichtlich des Anwendungsbereiches bis zum Mittelmeer entwickelt hat. Es liegen verschiedene Anregungen auf dem Tisch, und in diesem Zusammenhang wird uns der französische Vorschlag gut weiterhelfen und damit einen Beitrag für die

Stabilisierung der Sicherheit in Europa leisten können.

Ich komme jetzt zu den Äußerungen von Herrn Reddemann. Ich habe schon in meiner Vorbemerkung gesagt, daß es nicht meine Aufgabe war, eine Zahlenarbeit anzufertigen. Ich habe ohnehin meine Probleme, wenn Zahlen so genannt werden, wie Sie das mit einem Bezug zum Bruttosozialprodukt machten. Man hätte dann hinzufügen müssen, wie groß das Bruttosozialprodukt in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten ist. Natürlich wissen wir beide, daß das Bruttosozialprodukt der Vereinigten Staaten wesentlich größer ist. In absoluten Summen führt ein kleinerer Anteil des Bruttosozialprodukts der Vereinigten Staaten für die Aufrechterhaltung und Modernisierung von Streitkräften natürlich zu einer ganz anderen Relation, als das hier in BSP-Prozentsätzen zum Ausdruck kommt.

Worum geht es für uns? Uns geht es nicht um Vergleiche des Bruttosozialprodukts, uns geht es um absolute Summen. Die Frage ist: Wieviel geben wir real für unsere Verteidigungsleistungen aus? Ist es genug, um sicher zu sein? Ist es mittelfristig genug, um auch in Zukunft sicher zu bleiben? Danach müssen wir fragen und danach müssen die Summen bemessen sein.

Ich habe vorhin Bemerkungen zur Sicherheitslage gemacht. Nach meiner Auffassung — und das kommt auch im zweiten Absatz der Entschließung zum Ausdruck — gibt es Parität zwischen West und Ost, wenn wir die Gesamtpotentiale gegenüberstellen und wenn wir wissen, daß Sicherheit nicht nur auf der Basis der militärischen Potentiale allein bewertet werden kann. Aber auch wenn ich allein die militärischen Potentiale bewerte — und nur dort gibt es eine Gleichwertigkeit des Warschauer Paktes; in allen anderen Bereichen ist er extrem unterlegen —, ist die Lage so, daß im Augenblick die Sicherheit vorhanden ist. Wir werden in den 80er Jahren Sicherheitsprobleme bekommen, wenn wir das NATO-Langzeitprogramm nicht realisieren oder wenn im Laufe der nächsten Jahre die Sowjetunion unserem Angebot der Rüstungskontrollpolitik nicht entgegenkommt und sich ihrerseits keine Zurückhaltung auflegt. Wenn sie dem Angebot nicht folgt, werden wir durch entsprechende Verteidigungspolitische Leistungen in den 80er Jahren für den nötigen Ausgleich sorgen.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß gerade in der entscheidenden Phase der Rüstungskontrollpolitik die Regierung, die von meiner Partei getragen wird — wir stellen seit der Zeit den Bundeskanzler —, den Verteidigungsetat in diesen fast zehn Jahren verdoppelt hat, das Waffen- und Geräteprogramm für etwa 50 Milliarden DM von Grund auf erneuert hat und in dieser Zeit der NATO die Umfangsstärke zur Verfügung gestellt hat, die die Bundesrepublik Deutschland seit 1956, seitdem sie Mitglied der NATO ist, immer zugesagt, aber nicht eingelöst hat. Wir haben also in den 70er Jahren den Streitkräfteumfang von rund 460 000 auf fast 500 000 angehoben. Nach den Kommentaren, die ich aus der NATO höre, bezweifelt niemand der führenden Militärs und Politiker, daß die Bundesrepublik ihren Beitrag zur Sicherheit voll erfüllt.

Herr Handlos, eine Bemerkung zu der Datendiskussion. Wir sind uns darüber einig, daß es an der Datendiskussion vorbei kein Ergebnis geben darf. Ich habe das ausführlich dargestellt und will es nicht wiederholen. Ich finde nur eine Bemerkung aus meiner Sicht nicht korrekt. Sie sagen, es seien „150 000 Mann weggezaubert“. Ich glaube, der Erkenntnisstand ist inzwischen so, daß die jeweils angesetzten Zählkriterien unterschiedlich sind. Wir alle wissen auch aus dem NATO-Bereich selbst, daß es keine zwei Staaten gibt, in denen die Streitkräfte, die nach Heer, Luftwaffe und Marine aufgeteilt sind, genau in der gleichen Weise zusammengesetzt sind.

Wir haben auch in der NATO den Zustand, den ich eben nannte. Ich würde es angesichts der Entwicklung, die wir bei der Sowjetunion und bei den Staaten des Warschauer Pakts sehen, nicht für hilfreich halten, wenn wir in dieser Phase polemische Bemerkungen zu dieser Entwicklung machten. Wir sollten die Differenz mit der entsprechenden Hartnäckigkeit am Verhandlungstisch aufklären. Was dann die Zurückziehung der 68 000 Mann angeht, so können wir dazu keine technische Bewertung vornehmen. Wenn ein erstes MBFR-Abkommen dazu führt, daß die Sowjetunion 68 000 Mann in die westlichen Militärbezirke der Sowjetunion zurückführen muß, ist die Wiederhereinführung in den Reduzierungsraum nicht primär ein technischer Vorgang, sie wäre ein Schritt der militärischen Eskalation, einer gavierenden militärischen Eskalation. Solche Schritte werden nicht aus heiterem Himmel vorgenommen, sondern in einer völlig veränderten außenpolitischen Lage. Das heißt also, es wird eine hohe politische Barriere aufgebaut. Das sollten wir dabei nicht außer Betracht lassen.

Zu Herrn Müller nur die eine Bemerkung, daß es richtig ist, daß man die weltpolitische Entwicklung insgesamt sehen soll. Ich bin aber der Meinung, daß die Konfliktpotentiale auf dieser Welt nicht dadurch vermindert werden können, daß wir Verhandlungsbereiche beliebig öffnen. Ich nehme einmal das Beispiel SALT. Es gab einmal eine Zeit, in der der Eindruck entstand, als ob durch ungünstige Entwicklungen in Afrika ein Junktim zur SALT-Entwicklung hergestellt werden sollte.

Es gibt viele Probleme, und es wird in Zukunft neue geben. Wir werden sie nur lösen können, wenn wir jeden Problembereich, für den wir mit der anderen Seite eine Lösung finden wollen, definieren und klar umreißen und nicht beliebig Verbindungen zu anderen Problemen herstellen. Wenn es andere gravierende Probleme gibt — und es gibt sie —, muß man diese Probleme separat definieren und separat über sie sprechen und zu Ergebnissen kommen. Wir werden sonst mit dem Ansatz dieser Politik nicht vorankommen.

Wenn ich mir abschließend die Lage der Sowjetunion einmal weltweit ansehe, desgleichen die Lage des Westens, komme ich zu dem Ergebnis, daß die Lage der westlichen Staaten günstiger ist. Wo ist die Einheit des Kommunismus geblieben? Wo ist der Zusammenhalt zwischen Rotchina und der Sowjetunion geblieben? Wo ist die Wirtschaftskraft? Sie wollten uns einholen. Was ist aus dem Einholen-

wollen im wirtschaftlichen Bereich geworden? Die Abstände sind eher größer als kleiner geworden. Die Sowjetunion hat in einigen Staaten Fuß gefaßt. In einigen Staaten ist sie wieder hinausgeworfen worden. Ich denke zum Beispiel an Ägypten und könnte noch andere Staaten nennen.

Ich denke zum Schluß an die KSZE-Politik. Mit welcher Sorge haben wir die KSZE-Politik begleitet. Heute können wir in der Bewertung sagen, daß der Westen von der KSZE eher mehr Vorteile hat als der Osten. In der Gesamtschau bin ich also schon der Meinung, daß der Westen gegenüber dem Osten in einer besseren Lage dasteht als umgekehrt.

Zu einem Änderungsantrag des französischen Abgeordneten Baumel, der in § 2 der Präambel des Entschließungstextes die Feststellung eines west-östlichen Gleichgewichts auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet beabsichtigt, erwidert Abg. Pawelczyk als Berichterstatter:

Pawelczyk (SPD): Herr Präsident, ich bitte darum, dem Änderungsantrag von Herrn Baumel abzulehnen. In diesem Absatz sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und der militärischen Kräfte, also insgesamt, bei einem globalen Vergleich zwischen West und Ost, wir, der Westen, uns in einer günstigeren Lage befinden, daß sich aber eben bei einer Bewertung speziell des militärischen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa eine Überlegenheit der östlichen Seite zeigt.

Folgten wir dem Änderungsantrag von Herrn Baumel, brächten wir ja zum Ausdruck, daß es zwischen Ost und West eine Parität in der Wirtschaftskraft gibt, und das ist nun in der Tat nicht der Fall.

(Der Änderungsantrag wird abgelehnt.)

Zwei weitere Änderungsanträge des Abg. Baumel zu § 4 der Präambel und zum ersten Absatz des operativen Teils des Empfehlungsentwurfs werden auf Grund der folgenden Gegendarstellungen des Berichterstatters ebenfalls abgelehnt:

Pawelczyk (SPD): Es tut mir leid, ich muß darum bitten, auch diesen Änderungsantrag abzulehnen. Ich stimme mit meinen Kollegen überein: Wir müssen begrifflich klar arbeiten. Seitens der NATO lautet im MBFR-Konzept der klare Begriff eben, daß wir ein ungefähres Gleichgewicht herstellen wollen. Ich habe also genau die Formel der NATO übernommen und bitte darum, daß wir diese offiziell beschlossene Formel auch als Grundlage behalten.

Würden wir der zweiten Änderung folgen, bestünde die Gefahr, daß wir die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in die Relation nicht einbeziehen. Wir wollen aber unsere Sicherheitsbewertung unter Einbeziehung auch der Vereinigten Staaten, also nicht unter Berücksichtigung der europäischen Region allein, anstellen. Deswegen bitte ich darum, daß wir die bisherige Fassung aufrechterhalten.

Pawelczyk (SPD): Ich sage ohne Polemik: Wir werden einmal zustimmen, und zwar bei der sechsten Änderung. Aber es tut mir leid, jetzt muß ich wiederum darum bitten, dem Änderungsantrag nicht zu folgen. Es ist in Empfehlungsentwürfen eine ständige feste Formel, daß die Versammlung dem Rat empfiehlt, die Mitgliedsregierungen aufzufordern. Wir bitten darum, daß die Mitgliedsregierungen aufgefordert werden, eben die Absätze 1 bis 3 und nicht nur einen Teil davon einzubeziehen. Darin bestehen die unterschiedlichen Positionen in dieser Frage. Meine Bitte ist, daß wir, soweit es sich um Verteidigungsfragen handelt, der Übung folgen, die wir — das habe ich nachprüfen lassen — seit mehr als zehn Jahren pflegen, nämlich diese Formel zu wählen, daß die Versammlung dem Rat empfiehlt, die Mitgliedstaaten aufzufordern, in Verteidigungsfragen Aktivitäten zu entwickeln.

Was ich eben gesagt habe, gilt im übrigen auch für den nächsten Änderungsvorschlag, der sich an diesen anschließt und inhaltlich dieselbe Bedeutung hat.

(Der Empfehlungsentwurf wird im Verlauf des Abstimmungsverfahrens auf Antrag des Ausschußvorsitzenden an den Verteidigungsausschuß zurückverwiesen.)

Mittwoch, 20. Juni 1979

Tagesordnungspunkt:

Die Rolle Afrikas in einer europäischen Sicherheitspolitik

(Drucksache 804)

Berichterstatter: Abg. Dr. Müller

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Innerhalb eines Jahres beschäftigen wir uns zum zweiten Mal mit Fragen Afrikas. In der Sitzung im Juni des vergangenen Jahres hatte ich bereits die Ehre, der Versammlung einen Bericht über die Situation in **Afrika** vorzulegen. Wir waren im General-Affairs-Committee übereingekommen, daß diese Frage auch in diesem Jahr wieder erörtert werden sollte, und wir sind ursprünglich davon ausgegangen, daß zwei Berichte zu den Problemen Afrikas hier im Plenum vorgetragen werden sollen: ein Bericht, der sich in erster Linie mit Fragen der Wirtschaft, der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas beschäftigt, den Sir John Rodgers als Berichterstatter verfassen sollte, und ein Bericht, der sich mit der politischen Lage, mit den politischen Aspekten Afrikas auseinandersetzen sollte, den ich vorbereiten sollte. Leider ist Sir John Rogers aus der Versammlung ausgeschieden, so daß ich heute gezwungen bin, beide Berichte in einem einheitlichen Bericht hier vorzulegen. Ich darf aber gleich darauf hinwei-

sen, daß selbstverständlich der größte Teil der wirtschaftlichen Aspekte noch von Sir John Rodgers ausgearbeitet worden ist.

Ich glaube, die aktuellen Ereignisse machen uns in Europa deutlich, wie abhängig, wie schwierig, wie delikat die Situation der europäischen Wirtschaft in bestimmten Bereichen ist. Die — ich möchte fast sagen — Tatarenmeldungen, die wir täglich in der Presse auf dem Sektor der Ölversorgung lesen können, geben uns einen gewissen Abglanz dessen, was passieren könnte, wenn in anderen Bereichen der **Rohstoffversorgung**, für die Afrika eine ganz große Rolle spielt, etwas Ähnliches wie auf dem Sektor der Ölpolitik eintreten würde. Ich darf hier ausdrücklich auf Stellen in meinem Bericht verweisen, wo es etwa heißt, daß die Europäische Gemeinschaft im Bereich des Eisenerzes 2,8 % selbst produziert. Im Bereich des Bauxits sind es 2,5 %, bei Blei 4,8 %, bei Zink 1,9 % der Weltproduktion im Bereich der Europäischen Gemeinschaft. Wir wissen, daß der Bereich der Europäischen Gemeinschaft neben den Vereinigten Staaten der am meisten industrialisierte Bereich in der Welt ist, der also den höchsten Bedarf an Rohstoffen hat, der aber zugleich mit diesen Rohstoffen sehr schwach ausgestattet ist.

Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß vor allem der afrikanische Kontinent einer der Hauptlieferanten für diese Rohstoffe der Industrie in der Europäischen Gemeinschaft geworden ist. Hier gibt es fast eine gewisse Parallele in den Nord-Süd-Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika oder zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem afrikanischen Kontinent. Diese Beziehungen haben sich langfristig entwickelt, diese Beziehungen haben sich auch bewährt, diese Beziehungen gehen auf eine Zeit zurück, als noch das Kolonialsystem herrschte, und sie wurden, wie ich fast sagen möchte, nahtlos in das nachkoloniale Zeitalter im gegenseitigen Interesse, wie ich betonen möchte, hinübergebracht.

Wenn wir untersuchen — ich habe das auch im einzelnen dargestellt —, wie eng die Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen den afrikanischen Staaten und den Industrieländern Europas sind, dann stellen wir fest, daß die gegenseitige Abhängigkeit außerordentlich groß ist. Selbst die Versuche, die von einzelnen afrikanischen Ländern gemacht worden sind, hier die Beziehungen gegenüber den westeuropäischen Ländern zu kappen oder zu reduzieren, haben im Endeffekt zu keinen wesentlichen Veränderungen geführt. Hier sind in erster Linie Mali, Guinea und Tansania zu nennen, die von sich aus den Anspruch erhoben haben, die Beziehungen, vor allem die Handelsbeziehungen, zu den sozialistischen Staaten des Ostblocks zu verbessern und auszuweiten und diese Beziehungen an die Stelle der alten klassischen Beziehungen treten zu lassen. Wie die Statistik ausweist, hat es hier keine großen Veränderungen gegeben. Als maximale Veränderung ist ein Anteil von 11 % bei dem totalen Export Malis in sogenannte sozialistische Länder zu nennen. Die Staaten Westeuropas sind auch für diese Länder, die andere Absichten hatten oder zumindest andere Absichten öffentlich erklärten, die Haupthandelsländer geblieben.

Es ist vielleicht in diesem Zusammenhang interessant — man sollte das erwähnen —, daß sich gerade in diesen Wochen das Land Guinea, wo damals, als die Unabhängigkeit für die früheren französischen Kolonien kam, ein klarer politischer Trennungsstrich gezogen wurde, heute bemüht, diese Schranken wieder aufzuheben und engere Beziehungen sowohl zu dem früheren Kolonialland Frankreich als auch zum Gemeinsamen Markt aufzunehmen. Diese besonderen Beziehungen, die sich in der Statistik niederschlagen, haben ihren Niederschlag auch in besonderen wirtschaftlichen Vereinbarungen gefunden, die zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den afrikanischen Ländern im sogenannten Jaunde-Abkommen geschlossen worden sind, das später durch den **Vertrag von Lomé** ergänzt wurde. Dies wurde in den Verhandlungen mit den sogenannten AKP-Staaten erweitert, weil außer den afrikanischen Staaten auch noch karibische und pazifische Staaten in kleinerem Umfang hinzugekommen sind.

Wir wissen, daß die Fortschreibung dieses Vertrages von Lomé heute gewisse Schwierigkeiten bereitet, weil die afrikanischen Staaten von den Partnern in Europa mehr Beiträge im Bereich der Entwicklungshilfe verlangen. Aber man darf nicht übersehen, daß der Vertrag von Lomé im Vergleich zu den Entwicklungen in anderen Bereichen der Entwicklungsländer in der Welt einen außerordentlich positiven Einfluß hatte. Vor allem hat sich das etablierte Stabex-System, das zu bestimmten garantierten Mindestpreisen führte, sehr stark positiv für die auf den Export ihrer Rohmaterialien angewiesenen Staaten ausgewirkt, weil sie mit sicheren Einnahmen rechnen konnten, die nicht in diesem Umfang etwa von Schwankungen der Weltmarktpreise beeinflusst waren.

Zu diesem wirtschaftlichen Teil möchte ich zusammenfassend folgendes sagen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß ein gegenseitiges Interesse vorhanden ist. Die Staaten Afrikas sind daran interessiert, ihre Rohprodukte zu stabilen Preisen abzusetzen. Sie sind daran interessiert, feste Abnehmer zu haben. Es ist das Interesse der europäischen Staaten, hinsichtlich dieser Rohmaterialien eine Versorgungsgarantie zu haben. Umgekehrt sind die afrikanischen Staaten daran interessiert, Entwicklungshilfe, technische Hilfe von den europäischen Staaten zu erlangen, um ihre eigene Entwicklung vorantreiben zu können. Dies können sie nicht selbst; sie können sich sozusagen nicht selbst an den eigenen Haaren aus den Problemen herausziehen, in denen sie in ihrer Entwicklungsphase sind. Sie sind auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Diese Hilfe und Unterstützung kann von den europäischen Staaten gewährt werden.

Bevor ich zu den politischen Aspekten überleite, möchte ich im Zusammenhang mit der Wirtschaft noch einen Punkt erwähnen. Natürlich ist es nicht nur gegenseitiges Interesse, natürlich ist auch ein gewisser Egoismus auf den verschiedenen Ebenen dabei. Ein Egoismus ist für uns sicher — wir sind ein Gremium, das sich mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen befaßt —, daß wir natürlich auch

für die Verteidigung, etwa auch für die Rüstungsindustrie in Westeuropa, auf diese Rohmaterialversorgung angewiesen sind. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen auf die aktuellen Aspekte der gegenwärtigen Erdölversorgung bereits hingewiesen.

Hinsichtlich der politischen Aspekte in Afrika können wir feststellen, daß es keine ganz großen Veränderungen während des letzten Jahres gegeben hat. In Uganda hat es eine sehr erfreuliche Entwicklung gegeben, die wir alle, ganz gleich, welcher politischen Richtung wir angehören, sicher mit Befriedigung feststellen, daß nämlich die Terrorherrschaft von Idi Amin dort beseitigt worden ist, daß Idi Amin nicht mehr als abschreckendes Beispiel der Verletzung der Menschenrechte in Afrika an die Spitze gestellt werden kann. Inzwischen wissen wir nach der Vertreibung von Idi Amin, was vorher oft nur eine Vermutung war oder nicht bewiesen werden konnte, auf Grund der Massengräber, die man in diesem Land vorgefunden hat, wie grausam die Herrschaft unter Idi Amin in Uganda war. Mit der Beseitigung Idi Amins als „Staatsmann“ in Uganda ist aber sicher nicht das Problem der Menschenrechte in Afrika gelöst. Wir hören inzwischen Meldungen aus anderen Ländern, die uns Sorge machen. Ich denke etwa an das, was wir über den „Kaiser“ Bokassa aus der Zentralafrikanischen Republik gehört haben, wo nach Meldungen Kinder und Schüler erschossen worden sind, weil sie sich angeblich geweigert haben sollen eine Schuluniform zu tragen. Solche Meldungen können uns in Europa sicher nicht erfreuen.

Hinsichtlich des weltpolitischen Tauziehens um Einfluß in Afrika stellen wir fest, daß sich die Situation im Laufe des letzten Jahres nicht entscheidend verändert hat. Nach wie vor stehen ausländische Truppen in Afrika. Wir wissen, daß starke kubanische Einheiten in Afrika stehen, wir wissen, daß Truppen aus der DDR in Afrika stehen und daß eine große Zahl sowjetischer Militärberater in Afrika ist. Wir wissen, daß sich das Schwergewicht des Einflusses etwas verändert hat, daß zum Beispiel der Bürgerkrieg in Angola, der vor einem Jahr noch eine große Rolle spielte, zurückgegangen ist; zumindest kommen nicht mehr so viele Meldungen aus diesem Bereich. Wir wissen, daß sich dagegen in der anderen früheren Kolonie Mozambique die inneren Auseinandersetzungen offensichtlich verstärkt haben. Wir wissen, daß jene Konflikte, die schon im vergangenen Jahr virulent waren, weiter andauern. Die Auseinandersetzung um die ehemalige spanische Sahara, aufgeteilt zwischen Mauretanien und Marokko und beansprucht von der Bewegung Polisario, die aus Algerien und aus anderen Teilen unterstützt wird, dauert nach wie vor an. Wir wissen, daß die Auseinandersetzungen im Tschad weitergehen. Es ist oft unübersichtlich, in welchen Schlachtordnungen dort angetreten wird. Am Beispiel des Tschad sehen wir, daß man die Situation nicht nach einem einfachen Schwarzweißschema beurteilen kann; denn im Bürgerkrieg im Tschad geht es sogar so weit, daß einer der Vorkämpfer der Macht des Islam, Herr Gaddafi, sogar eine Gruppe unterstützt, die sich aus christlichen Leuten zusammensetzt. Man sieht also, daß man die einfachen Schwarzweißschemata hier

für eine ideologische Beurteilung gar nicht anwenden kann.

Unter verteidigungspolitischen Aspekten muß uns in Europa nach wie vor die Entwicklung am Horn von Afrika Sorge machen, wo der Bürgerkrieg in Äthiopien, Eritrea, nach wie vor weitergeht, wo die Sowjetunion und die Kubaner in massiver Art und Weise interveniert haben und wo man das Gefühl haben kann, daß hier langfristige strategische Überlegungen der Sowjetunion eine Rolle spielen könnten. Ich habe gestern schon einmal in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es ein altes Streben der Sowjetunion war, am Horn von Afrika Einfluß zu bekommen. Schon in Jalta hat die Sowjetunion gefordert, die damaligen italienischen Kolonien Eritrea und Somalia übergeben zu bekommen. Das wurde ihnen nicht zugestanden, und selbst bei der Pariser Außenministerkonferenz hat die Sowjetunion noch verlangt, wenigstens den Hafen Massaua in Eritrea als einen Stützpunkt übereignet zu bekommen. Wenn heute die Sowjetunion in diesem Hafen sitzt, wenn heute die Sowjetunion mit ihren Schiffsgeschützen dort im Bürgerkrieg selbst aktiv eingegriffen hat, dann zeigt sich natürlich, daß langfristige strategische Ziele durchaus 35 oder 40 Jahre später erreicht werden können.

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen, nämlich zur Situation im südlichen Afrika. Die Situation im südlichen Afrika war für uns Vertreter von parlamentarischen Demokratien in dieser Versammlung immer ein Anlaß zur Sorge. Wir gehen davon aus, daß die Apartheidspolitik, wie sie in Südafrika betrieben wird, nicht mit den politischen Überzeugungen vereinbar ist, die wir in Westeuropa vertreten. Es kann nicht Menschen verschiedener Klassen geben, je nach ihrer Hautfarbe. Hierzu haben wir immer wieder unsere Bedenken gegenüber der Regierung in Südafrika zum Ausdruck gebracht.

Neben dem südafrikanischen Problem gab es lange Zeit und gibt es noch das Problem des früheren Rhodesiens, das jetzt den Namen **Zimbabwe** angenommen hat. Über viele Jahre hinweg hat das Rhodesienproblem die Gemüter bewegt. Es gab zwei verschiedene Meinungen, wie das Problem zu lösen sei. Es gab die Meinung, daß man das Problem mit Gewalt, mit Blutvergießen lösen könne, um auf diese Weise die weitere Vorherrschaft in Rhodesien abzubauen und dann möglicherweise eine Diktatur anderen Stils einzurichten, und es gab die andere Lösung, nämlich den Versuch zu machen, in einem schwierigen und langfristigen Prozeß einen Übergang zu einem gemischt-rassischen Staat zu schaffen, der westlichen demokratischen Prinzipien einigermaßen entspricht. Dieser letzte Weg wurde beschritten, und es ist — ich möchte es fast so sagen — mit Bewunderung anzuerkennen, ohne daß dieser Begriff jetzt falsch zu verstehen ist, wie es gelungen ist, trotz all dieser Schwierigkeiten, die hier aufgetreten sind, trotz eines internationalen Boykotts der Großmächte, der Industriestaaten, diesen Weg zu beschreiten, der vielleicht zu dem Idealzustand eines gleichberechtigten gemischt-rassischen System in Zimbabwe, wie es heute heißt, führen kann.

Ich mache hier aus meiner persönlichen Meinung keinen Hehl. Der Weg, der hier beschritten wurde und der noch nicht beendet ist — auch das möchte ich klar und deutlich sagen —, ist auf jeden Fall der Weg, der gegenüber dem Weg der Gewalt und des Blutvergießens vorgezogen werden muß. Ich meine, wo Demokraten leben, wo sie für ihre Ideale eintreten, müssen sie jeden Versuch wahrnehmen, der unter Ausschaltung von Gewalt, unter Ausschaltung von Diktatur dazu führt, bestimmte Verbesserungen herbeizuführen und eine Demokratisierung voranzutreiben.

Nun haben in Rhodesien, wie es damals noch hieß, Wahlen stattgefunden, die zu einer gemischtrassischen Regierung mit einer schwarzen Mehrheit geführt haben, die proportional nicht dem Anteil der schwarzen und weißen Bevölkerung entspricht, wie wir alle wissen. Aber dies war ein erster Schritt in dieser Richtung. Die Regierung Muzorewa wurde gebildet, und ich glaube, man sollte dieser Regierung eine Chance geben, ihre Ziele langfristig durchzusetzen.

Nun habe ich gerade heute in einer Zeitung gelesen, daß ein Vertreter der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Herrn Nkomo, dem Führer der Guerilla-Bewegung im Kampfe gegen die Regierung Muzorewa, immerhin gegen eine schwarze Regierung, erklärt hat, daß die Deutsche Demokratische Republik den Guerillas des Herrn Nkomo jegliche Unterstützung gibt, weil man „Scheinwahlen“ wie diejenigen, die in Rhodesien abgehalten worden sind, nicht anerkennen dürfe. Meine sehr verehrten Kollegen, ich glaube, jeder andere Politiker hat eher ein Recht, von „Scheinwahlen“ zu sprechen, als ausgerechnet ein Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik, wo sicher keine Wahlen im demokratischen Sinne stattfinden, sondern wirkliche Scheinwahlen mit einer Wahlbeteiligung von 99,9 % abgehalten werden.

Die Beobachter, die während der Wahlen in Rhodesien waren — ich habe mit solchen gesprochen —, sind der Meinung gewesen, daß im großen und ganzen — man muß sehen, daß es hier einen Beginn der Demokratisierung in Afrika gibt — diese Wahlen den demokratischen Prinzipien und den demokratischen Ansprüchen entsprochen haben. Ich sage ganz offen: Ich wäre glücklich, wenn in allen afrikanischen Staaten Wahlen von dem demokratischen Status oder der demokratischen Stufe stattfinden würden, wie sie in Rhodesien stattgefunden haben. Wir wären auf dem Weg zur Demokratie in vielen afrikanischen Staaten sicher weiter, wenn man diesen Schritt dort schon vollzogen hätte. Das bedeutet natürlich auch, daß man ernsthaft die Frage prüfen muß, inwieweit man dieser neuen Regierung in Zimbabwe und Muzorewa eine Unterstützung zukommen lassen kann bzw. inwieweit die Sanktionen, die gegenüber dieser Regierung oder gegenüber Rhodesien verhängt worden sind — es war ein anderes Rhodesien mit einer anderen Regierung —, aufgehoben werden können. Ich glaube nicht, daß man es sich so einfach machen und sagen kann: Wir haben Sanktionen gegen Herrn Smith gehabt, und warum sollen wir uns Gedanken darüber machen, ob wir diese Aktionen

heute gegenüber Muzorewa beibehalten oder aufheben?

Ich glaube, hier hat tatsächlich ein Umdenkungsprozeß einzusetzen.

Lassen Sie mich schließen mit einem Blick nach **Südafrika** und auch nach Namibia. Es ist die große Frage, wie man die Probleme an der Südspitze dieses Kontinents lösen kann. Wir haben Sorgen — ich habe sie vorhin erwähnt — mit der Apartheid in Südafrika. Wie können wir darauf Einfluß nehmen, wie können wir als Westeuropäer unsere positiven Aspekte in die Diskussion einbringen? Meine feste Überzeugung ist: Wir können es sicher nicht, wenn wir eine Politik betreiben, die etwa Südafrika oder Zimbabwe oder Namibia in die absolute Isolation treiben. Das würde diejenigen Kräfte stärken, die in ihren reaktionären Vorstellungen in Südafrika von einem Festungscharakter ausgehen und die nicht bereit sind, etwa die entscheidenden Schritte zur Gleichberechtigung der schwarzafrikanischen Bevölkerung zu tun. Das heißt, es wäre ein ganz komisches Bündnis, ein Bündnis von Leuten, die aus demokratischer Überzeugung gegen die Apartheid sind und die mit ihrem Absolutheitsanspruch diejenigen in Südafrika stärken, die genau das Gegenteil haben wollen.

In Südafrika ist eine Entwicklung eingeleitet worden, die durchaus zu Hoffnungen Anlaß gibt. Ich erinnere an den Wiehahn- und Riekert-Report, die Berichte zweier Kommissionen, die in Südafrika eingesetzt wurden und die sich vor allem mit der Frage der Gleichberechtigung in den Arbeitsverhältnissen beschäftigten. Das ist ein großer Fortschritt. Der neue Ministerpräsident Südafrikas hat gegen Opposition in seinem Lande, interessanterweise auch Opposition von links von den weißen Gewerkschaften, deutlich gemacht, daß er diese Gleichberechtigung auf dem Sektor Arbeit durchsetzen will. Das ist ein positiver Schritt, den man zur Kenntnis nehmen muß. Ich glaube, er wird langfristig dazu beitragen, ein System zu verändern, das wir nach demokratischen Prinzipien nicht billigen wollen.

Meine sehr verehrten Kollegen, wenn man diese Aspekte des südafrikanischen Bereichs noch einmal zusammenfaßt, so kann man sagen: Jede Konfrontationspolitik, die das Alles-oder-Nichts betreibt, stärkt diejenigen in Südafrika, die nicht bereit sind, positive Veränderungen durchzusetzen. Wenn man etwa dem Land Zimbabwe entgegenkommt, ihm eine Chance gibt, eine gemischtrassige Gesellschaft aufzubauen, so ist dies auch für die Entwicklung in Südafrika positiv. Führte man den Boykott z. B. gegenüber Zimbabwe weiter, könnte sich leicht die Meinung durchsetzen, die man heute in Südafrika hören kann: Was immer wir tun, was immer wir zugestehen, wir können doch nicht gewinnen, also kapseln wir uns ab und verschärfen die Auseinandersetzung. Das liegt nicht im Interesse der Menschen in Südafrika, in Zimbabwe, in Namibia, das liegt auch nicht im Interesse der westeuropäischen Staaten. Ich darf hierzu auf die wirtschaftspolitischen Aspekte verweisen, die auch in meinem Bericht erwähnt sind.

Lassen Sie mich damit schließen, daß ich der Überzeugung bin, daß die Probleme Afrikas und Westeuropas nur so vernünftig gelöst werden können, daß beide Seiten erkennen, daß sie auch im Interesse des Weltfriedens darauf angewiesen sind, positiv zusammenzuarbeiten, daß beide Seiten die Aufgabe haben, einen positiven Beitrag zur Weltpolitik zu leisten. Dieser Beitrag wird in Afrika am besten dadurch geleistet, daß Interventionen von außen möglichst vermieden werden, daß die afrikanischen Staaten immer stärker ihre eigenen Wege gehen, die sie nicht in alte oder neue Abhängigkeiten zwingen, sondern die ihnen die Chance geben, im Rahmen der Staaten dieser Welt ihren Beitrag zu leisten.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident, ich möchte nicht auf die Empfehlung eingehen, die wir im Ausschuß besprochen haben und die wir hier wohl gemeinsam — mit einigen Veränderungen, die noch anstehen und über die abzustimmen sein wird — auf einen Nenner bringen können. Ich möchte auf den Inhalt eingehen, in dem ich mit Herrn Müller selbstverständlich durchaus nicht übereinstimmen kann.

Er spricht davon, daß sich die Verhältnisse in **Südafrika** wesentlich verbessern bzw. daß man Verbesserungen sieht. Ich will nur auf ein paar Dinge eingehen. Gerade in diesen Tagen wird in Südafrika ein Gesetz gültig, das der Presse verbietet, irgendwelche Mißstände aufzuzeigen, und das diejenigen, die der Presse Mitteilung über Mißstände gemacht haben, mit Gefängnis- und Geldstrafen belegt. Das geht darauf zurück, daß die Affäre um Mulder, der ja nun auch Vorster zum Opfer gefallen ist, durch den „Rand Daily Mail“ aufgegriffen worden war. Das will man also abschnüren. Darin kann ich beim besten Willen keinen Fortschritt in punkto Demokratie sehen.

Auch sonst ist kein echtes Entgegenkommen zu erkennen. Die Wiehahn-Kommission, die nun gesagt hat, es solle schwarze Gewerkschaften geben, tut das in gewisser Weise deklamatorisch, um die internationale Welt zu beruhigen. Tatsache ist aber, daß die weißen Gewerkschaften in Südafrika gar nicht daran denken, so etwas zuzulassen. Und sie sind die Mächtigeren und sitzen am Hebel. So wird es wohl noch lange Zeit dauern, bis sich dort irgend etwas bewegt; bisher steht dies alles nur auf dem Papier.

Für uns Europäer kommt gravierend hinzu, daß europäische Firmen, die in Südafrika arbeiten und sich sehr gerne nach den Rassengesetzen richten, weil ihnen das bessere Profite verschafft, und die es auch vorziehen, den EG-Kodex, den es seit bald zwei Jahren gibt, nicht zu beachten und nicht auf ihn zu reagieren, ihren Vorteil daraus ziehen, daß die schwarzen Arbeiter eben nicht organisiert sind und ihnen in keiner Weise als Verhandlungspartner gegenüberzutreten können.

Was **Namibia** und Zimbabwe angeht, so ist auch dort in meinen Augen kein besonderer Schritt zur Unabhängigkeit der Bevölkerung geschehen. Im Gegenteil, die Turnhallenkonferenz ist jetzt zur Nationalversammlung erklärt worden, und das schafft ein Faktum, das eine Balance zwischen den politi-

schen Kräften in Namibia für die Zukunft noch unmöglicher erscheinen läßt. Ich weise darauf hin, daß die SWAPO wiederholt erklärt hat und auch jetzt noch erklärt, sie würde Wahlen, die unter dem Schirm der UNO stattfinden, akzeptieren. Aber unter den jetzigen Umständen, da die Nationalversammlung ja schon da ist, ist es sehr fraglich, ob es eine solche Wahl überhaupt noch geben wird. Aber wie auch immer, die Initiative der Fünf, die in punkto Namibia sehr bemerkenswert und sehr positiv war, ist von Südafrika auf sehr schlaue burische Weise einfach zur Farce gemacht worden. Die Fünf sind — man muß sagen, eigentlich wie dumme Jungens — weggeschickt worden; man braucht sich da nichts vorzumachen. Ich weiß nicht, wie dort noch einmal angeknüpft werden kann.

Das bedeutet aber, daß die Lage in ganz Afrika bedenklich verschlechtert und verschärft worden ist, denn Schwarzafrika hat durch den Mißerfolg der Mission der Fünf neuen Grund, zu bezweifeln, daß westliche Mächte gegenüber Südafrika überhaupt etwas ausrichten.

Wenn man nun auf die politischen Gefangenen verweist, wie es mein Kollege Page eben wieder getan hat, so muß ich sagen: Ich kann mir nicht helfen, Herr Page, in Südafrika sind Kinder ins Gefängnis gesteckt worden und lange Jahre dort geblieben. Das finde ich so unmöglich, daß ich Ihnen sagen muß: So schlimm es ist, daß woanders politische Gefangene sitzen, dies setzt allem wirklich die Krone auf.

Wenn man sich auf die Wahl in Namibia als auf irgend etwas beruft, was Legitimität hat, so ist das, das muß ich sagen, milde ausgedrückt, grotesk. Im Bericht wird erwähnt, daß die SWAPO Hilfe von allen Seiten bekommt, und es werden alle bösen Mächte aufgezählt: DDR, Kuba usw. usw. Schön, das ist so. Aber hat denn die Turnhalle ohne alle Hilfe operiert? Das möchte ich hier wirklich fragen. Zunächst einmal ist sie massiv von Südafrika unterstützt worden. Polizei und Militär von Südafrika haben der Turnhalle geholfen, die Wähler zu erpressen und in Angst zu versetzen. Es sind Agenten herumgezogen, die die Leute gefragt haben: Haben Sie denn schon einen Ausweis, der bezeugt, daß Sie der Turnhalle angehören? — Die Leute wußten nicht, um was es sich handelt; sie mußten sich diesen Ausweis beschaffen. Und wissen Sie, wenn man dann zur Wahl geht, kann ich das wirklich in keiner Weise als etwas anerkennen, was nur entfernt mit demokratischen Wahlen zu tun hat.

Liebe Kollegen, der Vergleich mit anderen schwarzafrikanischen Ländern hinkt einfach. Denn hier handelt es sich um Weiße, die eingegriffen haben, die den Schwarzen nicht die Möglichkeit gegeben haben, unter sich eine Wahl durchzuführen.

Am Rande muß ich hier, weil ich finde, daß wir uns keinen Sand in die Augen streuen sollten, auch noch erwähnen, daß meine deutschen Kollegen aus der CDU/CSU die Turnhalle ganz kräftig unterstützt haben und es auch weiterhin tun. Auch das ist etwas, was man nicht unter den Teppich kehren muß.

Nun kommen wir zu **Zimbabwe**. Gehen Sie doch einmal hin und sehen nach, ob die Vorbereitungen der Wahl demokratisch waren. Ich möchte bezweifeln, daß da irgend jemand wirklich etwas herausfinden kann. Es sind schließlich nicht nur konservative Beobachter dort gewesen, die gesagt haben „alles schön, alles gut“, weil sie das so sehen wollten. Es sind auch unabhängige Beobachter dort gewesen, und die berichten auch aus Zimbabwe von Erpressungen und Bedrohungen der Leute, wenn sie nicht zur Wahl gegangen sind. Die Leute sind in Angst versetzt worden, und daraufhin sind sie zur Wahl gegangen.

Liebe Kollegen, was für eine Wahl war das denn? Was konnten die Leute denn wählen? Sie konnten gar nichts anderes tun als bestätigen, daß das, was ihnen vor die Nase gesetzt wird, zu geschehen hat, bestätigen, daß die Weißen wenigstens 5, wenn nicht 10 Jahre lang nach wie vor das Heft in der Hand behalten, mag auch immerhin der Präsident ein Schwarzer sein. Das wissen wir alle doch; machen wir uns hier doch nichts vor.

Nun zu dem immer wieder gegebenen Hinweis auf die zerstrittenen Schwarzen: Gerade in Zimbabwe hat Ian Smith dafür gesorgt, daß die Schwarzen immer zerstrittener geworden sind, wie es auch in anderen Ländern der Fall ist. Wenn man in Not ist, bedrückt wird und sich nicht bewegen kann: Ja, glauben Sie denn, daß das Resultat für alle gleich ausfällt? Jeder versucht dann, auf seine Weise Abhilfe zu schaffen. Ich finde, Zerstrittenheit ist kein Argument für uns.

Ich finde es auch eigentlich unanständig, sich der südafrikanischen Argumentation anzuschließen, die immer wieder von den „unfähigen schwarzen Politikern“ spricht, die doch nicht in der Lage seien, ihre eigenen Dinge in die Hand zu nehmen. Das hat der Berichterstatter nicht gesagt, aber das kommt in der Argumentation immer wieder auf. Wir sollten so etwas tatsächlich von uns weisen. Wenn man sowohl in Südafrika als auch in Namibia und in Zimbabwe vor einigen Jahren schon die Konzessionen gemacht hätte, die man sich jetzt notgedrungen hat abringen lassen müssen, wäre wohl alles sehr viel besser gelaufen. Jetzt kostet all das einen viel, viel höheren Preis, einen Preis auch an Blut, und ich weiß nicht, ob man die Schuld daran den „Linken“, den „Komunisten“ oder wem auch immer geben kann. Ich glaube, daß die Schuld wesentlich bei den Weißen liegt, die in allen drei Ländern das Heft in der Hand haben.

Der Berichterstatter sagt, es wäre vorbildlich, wenn wir eine schwarze Regierung hätten, die mit gutem Beispiel vorangeht und gegenüber den Weißen tolerant ist. Das ist wirklich so; da hat er vollkommen recht. Nur gibt es das bis jetzt nicht. Gerade in Zimbabwe ist es umgekehrt: Da muß sich die schwarze Mehrheit nach wie vor mit einer weiß bestimmten, wenn auch zum Teil schwarzen Regierung abfinden. So weit sind wir also noch nicht.

Wir in Europa sollten aufhören, diese Wunschkonstruktionen hin- und herzuschieben und uns, was das südliche Afrika angeht, mit Bühnenversatzstücken zufriedenzugeben. Wir müssen im Gegenteil begrei-

fen, daß dann, wenn wir dieses faule Spiel mitspielen, der Graben zwischen Schwarzafrika und Europa immer größer und immer gefährlicher wird. Es ist nicht so, daß wir hier sicher säßen und darüber nur reden könnten; das kann uns vielmehr noch sehr teuer zu stehen kommen.

Ich hoffe, es ist nicht nur die Commonwealth-Konferenz, die Frau Thatcher bis jetzt davon abhält, Rhodesien anzuerkennen. Ich hoffe, daß es auch noch einige andere Hindernisse selbst in der konservativen englischen Regierung geben wird. Danke schön.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte nur ein paar kurze Bemerkungen zu dem machen, was in der Diskussion gesagt wurde.

Der Herr Kollege Boucheny hat sich gerade bei mir entschuldigt, daß er nicht mehr da sein kann. Er ist ein höflicher Mann. Es hätte mich natürlich gereizt, zu seinen Ausführungen etwas zu sagen. Nachdem er gegangen ist, möchte ich es auf die Bemerkung beschränken: Er hat im Grunde genommen nichts wesentlich Neues gebracht, sondern hat eine Deklaration abgegeben, die genauso auf dem letzten Parteitag seiner Partei hätte beschlossen werden können. Hier werden wir uns sicher nicht einig werden.

Wenn er — das darf ich vielleicht noch anmerken — davon gesprochen hat, daß sich die afrikanischen Völker immer mehr den Kräften des Fortschritts anschließen wollen, um aus der kolonialen Abhängigkeit herauszukommen, so ist dazu nur zu sagen, daß eine Reihe von afrikanischen Staaten, die sich vor vielen Jahren zu ihrem Leidwesen den Kräften des Fortschritts angeschlossen haben, inzwischen auf den richtigen Pfad der Tugend, wie ich beinahe gesagt hätte, zurückgekehrt sind. Sie haben neue Überlegungen über ihre Beziehungen angestellt. Ich erinnere nur an Guinea, das ich bereits vorhin erwähnt habe.

Ich möchte gerne noch zum Kollegen Brugnon, der etwas zum **Abkommen von Lomé** gesagt hat, eine Bemerkung machen. Ich bin deswegen nicht besonders darauf eingegangen, lieber Kollege, weil wir hier in der Westeuropäischen Union sind, wo wir andere Aspekte besonders zu beachten haben. Die Diskussion über die Neuformulierung des Abkommens von Lomé ist vor allem im Rahmen des Gemeinsamen Marktes, also auch des neuen Europäischen Parlaments zu führen. Dort ist der Ort, wo man über die konkreten Bedingungen dieses Abkommens zu sprechen hat. Ich persönlich bin der Meinung, daß der Grundansatz gut ist. Es ist bei Verhandlungen aber immer so, einer will etwas geben, einer will etwas nehmen. Man wird sich wohl, so hoffe ich, auf einen Kompromiß einigen.

Was die Debatte über **Namibia**, Südafrika und Rhodesien betrifft, so sind sehr unterschiedliche Meinungen geäußert worden. Ich möchte die Diskussion nicht noch ausweiten oder verschärfen, sondern nur noch zwei oder drei ganz kurze Bemerkungen anschließen. Ich möchte bei dem beginnen, was unsere verehrte Frau Vorsitzende, Frau von Bothmer, gesagt hat, als sie die fünf Westmächte charakteri-

sierte. Ich habe die genaue Formulierung nicht mehr im Kopf, aber es lief darauf hinaus, sie hätten wie begossene Pudel dagestanden. Sehen Sie, liebe Frau von Bothmer, das kommt davon, wenn man Forderungen aufstellt, die man dann nicht durchsetzen kann. Dann stellt sich heraus, daß man ein Papier-tiger ist. Deswegen warne ich immer auch bei solchen Resolutionen, wie wir sie heute beschließen, allzu scharfe Formulierungen in bezug auf bestimmte Bereiche aufzunehmen, die sich dann als nicht durchsetzbar herausstellen und der Sache im Grunde genommen nichts helfen.

Natürlich gibt es Interventionen, etwa im Falle Namibias. Sie haben das mit Recht gesagt. Man kann nicht nur sagen, die Sowjetunion, die DDR usw. unterstützten die SWAPO, auf der anderen Seite sei die Turnhallenallianz auch unterstützt worden. Sie haben gesagt, die CDU/CSU habe die Turnhallenallianz unterstützt. Es ist aber ein großer Unterschied zwischen der Unterstützung der DDR und der Sowjetunion und der der CDU und CSU. Auf der einen Seite gibt man Hilfe zu einem Wahlkampf, zu einem politischen Wettkampf, wie wir ihn in der Demokratie sehen, auf der anderen Seite liefert man Waffen. Es gibt in Europa auch Parteien und politische Gruppierungen, auch in unserem Lande, die nicht den Wahlkampf unterstützt, sondern die Ausbildungslager für Guerillas mitfinanziert haben. Hier gibt es also durchaus unterschiedliche Interventionen. Ich bekenne mich dazu. Die einen sind gewaltlos, die anderen sind Unterstützung der Gewalt.

Was Sie zum Wiehahn- und Riekert-Report gesagt haben, so haben wir auch hierzu Erfahrungen. Natürlich wird das schwer durchsetzbar sein. Wir wissen aus unserem eigenen Land, daß Gewerkschaften oft mächtiger als Regierungen sind. Man spricht auch bei uns gelegentlich vom Gewerkschaftsstaat. Natürlich gibt es auch in Südafrika Kräfte in den weißen Gewerkschaften, die sich eine Konkurrenz vom Halse halten wollen. Man kann nur hoffen, daß sich die Regierung durchsetzt. Ich glaube, langfristig ist die Tendenz vorhanden, daß man sich durchsetzt, auch im Falle Namibias, wo, wie Sie wissen, liebe Frau von Bothmer, die Änderungen, die inzwischen eingetreten sind, dazu geführt haben, daß Weiße protestierend bei der Turnhallenkonferenz auftauchen und sie beschimpfen, daß sie bereits linksradikal sei. Das zeigt doch, daß man eigentlich auf dem richtigen, auf dem guten Wege ist und daß man mit dem Stimmzettel in der Demokratie langfristig durchaus etwas erreichen kann.

Eine Bemerkung noch zu den Wahlen in **Rhodesien**. Es wird immer gesagt, ein Gleichgewicht sei nicht vorhanden. Natürlich ist das Gleichgewicht nicht vorhanden, wenn die 4 % weiße Bevölkerung 28 % der Sitze belegen. Aber das ist natürlich in der Übergangszeit ein gewisser Minderheitenschutz, den wir in anderen Bereichen der Welt auch haben. Warum regt sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bei den Wahlen zum Europäischen Parlament niemand auf, weil wir den gleichen Minderheitenschutz haben? Man könnte doch sagen, das sei keine demokratische Wahl gewesen. 60 000 Bürger Luxem-

burgs stellen einen Abgeordneten, 780 000 Bürger der Bundesrepublik stellen auch einen Abgeordneten. Die Schwarzen sind hier in der Bundesrepublik, und die Weißen, so könnte man sagen, sind in Luxemburg. Sie lachen natürlich darüber. Es ist auch unsinnig. Das ist aber eine Einheit, die wächst. Auch zum gemeinsamen Europa führt ein langwieriger Prozeß, der sicher eines Tages das Prinzip „One man one vote“ bringen wird.

In Rhodesien, Südafrika und anderen Bereichen ist das genauso. Man soll sehr vorsichtig sein, wenn man in anderen Kontinenten als Lehrer auftritt, wenn man ähnliche Erscheinungen, liebe Frau von Bothmer, im eigenen Kontinent hat, wobei wir das begrüßen.

Was hat man vor den Wahlen in Rhodesien gesagt? „Die Weißen werden nie das Verteidigungsministerium abgeben.“ Die Gegner der Wahlen in Rhodesien hatten bereits verkündet: „Da seht ihr, was das für ein Schwindel ist, die behalten das Verteidigungsministerium.“ Sie haben es nicht behalten! Man sieht, man ist überall auf einem guten Wege. Ich kann nur hoffen, daß diese guten Wege eingehalten werden. Es hilft uns nämlich gar nichts, nach dem Prinzip „Alles oder nichts“ alles zu einer gewissen Zeit zu fordern, wenn die Chance besteht, langfristig, vielleicht unter Schwierigkeiten, zu einer positiven Entwicklung zu kommen.

Das ist das, was ich abschließend zu den einzelnen Bemerkungen noch sagen wollte.

In einem Änderungsantrag zu Ziffer 4 des operativen Teils des Empfehlungsentwurfs wünschen Abg. Faulds und andere die Formulierung: „ob Süd-Rhodesien bereits anerkannt oder die Sanktionen aufgehoben werden können.“ Hiergegen wendet sich der Berichterstatter:

Dr. Müller (CDU/CSU): Als Berichterstatter möchte ich dafür plädieren, das Amendment 3 des Kollegen Faulds abzulehnen und es bei der ursprünglichen Fassung zu lassen. Ich möchte dazu noch einige kurze Bemerkungen anfügen. Es war sehr eindrucksvoll, wie Herr Kollege Faulds von diesen Problemen gesprochen hat. Er hat seinem Beruf alle Ehre gemacht, als er die Charaktere dieser Versammlung kennzeichnete und sich zugleich als ein Charakterdarsteller präsentierte. Nur gab es Widersprüche in seinen Formulierungen. Zunächst dachte ich, er wollte darstellen, daß Herr Nkomo und die patriotische Front eigentlich Vorkämpfer des britischen Empires seien, weil sie gegen die Rebellion in Süd-rhodesien eigentlich die Interessen des britischen Empires vertreten würden. Danach ist er von dieser Linie abgegangen und hat andere Aspekte in die Debatte geworfen, von denen einer für mich besonders interessant ist, weil ich mich in dem Fall zu den progressiven Kräften rechne. Ich meine das Argument der möglichen Erpressung durch Nigeria oder andere afrikanische Länder für den Fall, daß wir es wagten, etwa eine andere Empfehlung zu geben oder einen anderen Beschluß zu fassen. Ich meine, man soll sich

nicht wirtschaftlich erpressen lassen, sondern zu seinen Meinungen stehen und das zum Ausdruck bringen, was man für richtig hält.

Was wollen wir mit dieser Entschliebung? Wir wollen nicht, daß die Sanktionen heute oder morgen aufgehoben werden, sondern es heißt ausdrücklich: Es soll geprüft werden, ob es möglich ist, diese Sanktionen aufzuheben, weil dies für die friedliche Entwicklung förderlich sein könnte, die schließlich zu einem guten Ende kommen soll. Ich bin also insgesamt der Meinung, daß die ursprüngliche Fassung bleiben und das Amendment 3 abgelehnt werden sollte:

(Der Empfehlungsentwurf wird im Verlauf des Abstimmungsverfahrens auf Antrag des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses an den Ausschuß zurückverwiesen.)

Tagesordnungspunkt:

Studie über die gemeinsame logistische Unterstützung (Drucksache 810)

Abstimmung über den Richtlinienentwurf

Tagesordnungspunkt:

Parlamente und Rüstungskäufe (Drucksache 807)

Berichterstatter: Abg. Maggioni

Tagesordnungspunkt:

Politische Bedingungen für eine europäische Rüstungszusammenarbeit (Drucksache 802)

Berichterstatter: Abg. Waterschoot

Schlußwort der Ausschußvorsitzenden:

Frau von Bothmer (SPD): Ich möchte nur ganz wenige Bemerkungen machen. Ich freue mich über diesen Bericht, der im Hinblick auf das Symposium im Herbst für uns eine Diskussionsbasis schafft, die notwendig ist; denn ich persönlich befürchte, daß wir sonst sehr leicht in die Situation kommen, daß wir nur noch über Waffenproduktion, deren Benutzung usw. reden.

Wir brauchen aber den politischen Aspekt der Sache, der hier angesprochen ist. Es besteht die Gefahr, daß eine zu große Waffenproduktion die Lage auf der ganzen Welt verschlimmert, und gerade das wollen wir nicht. Wir müssen also sehr vorsichtig sein, damit wir nicht wegen zu sichernder Arbeitsplätze in der **Rüstungsindustrie** die Waffenproduktion verstärken, um damit unsere nationale Waffenproduktion zu verbilligen und damit die Weltsituation verschlimmern.

Jetzt möchte ich noch ein kurzes Wort zu Herrn Deschamps anfügen. Herr Deschamps, Sie wissen es selbst ganz genau: Sie glauben selbst nicht daran, daß wir Deutschen Atomwaffen haben wollen. Sie aber benutzen dies zur Argumentation in Ihrer Partei. Das können Sie, wenn Sie damit nicht die französische Bevölkerung, soweit Sie Ihnen zuhört, gegen uns Deutsche aufhetzen wollen. Das ist nicht europäisch, das ist chauvinistisch. Entschuldigen Sie, daß ich das sage!

Empfehlung 335

betr. Die politischen Voraussetzungen für eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die Produktion moderner Rüstungsgüter für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Unabhängigkeit Europas notwendig ist und gibt gleichzeitig der starken Hoffnung Ausdruck, daß die internationale Gemeinschaft schließlich ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungsproduktion und des Waffenhandels erzielen wird;

stellt fest, daß die nationalen Armeen keinen ausreichenden Absatzmarkt mehr bieten, um irgendeinem europäischen Land eine Rüstungsproduktion zu wettbewerbsfähigen Preisen zu ermöglichen;

ist der Auffassung, daß die Rüstungsindustrien einen nicht unwesentlichen Platz in der Volkswirtschaft mehrerer westeuropäischer Länder einnehmen, wo sie zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung beitragen;

vertritt die Ansicht, daß es offenkundig ist, daß ihre Aktivität in zahlreichen Bereichen einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Forschung und zur Aufrechterhaltung eines hohen technologischen Niveaus in Europa leistet;

stellt jedoch fest, daß die von der Rüstungsproduktion verschlungenen Ressourcen die für die Zivilproduktion verfügbaren Investitionen beschränkt;

ist der Auffassung, daß die Ausrichtung einer Rüstungspolitik eine gemäß Artikel VIII des geänder-

ten Brüsseler Vertrages vorgesehene Koordinierung der Verteidigungspolitiken erfordert;

bedauert die Ausdehnung des Waffenhandels, insbesondere auf Länder in Gebieten, in denen gefährliche Spannungen herrschen;

begrüßt es, daß die Unabhängige Europäische Programmgruppe (I.E.P.G.) die wichtige Aufgabe der Koordinierung der Rüstungsanstrengungen der europäischen Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses übernommen hat;

ist überzeugt, daß nur eine feste und stetige Entschlossenheit der Staaten die Weiterentwicklung dieses Werkes ermöglichen kann;

stellt fest, daß der geänderte Brüsseler Vertrag die einzige rechtliche Grundlage für ein europäisches Verteidigungs- und Rüstungssystem darstellt;

ist der Auffassung, daß die WEU daher aufgerufen ist in jeder künftigen europäischen Union ihren Platz einzunehmen;

begrüßt es, daß die dem Ständigen Rüstungsausschuß (SAC) am 31. Mai 1976 übertragene Aufgabe dessen Aktivitäten in diese Richtung lenkt;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. in Anwendung von Artikel IV des geänderten Brüsseler Vertrages dafür Sorge zu tragen, daß sich die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung im Einklang mit den jüngsten technologischen Erfordernissen sowie der Verteidigungspolitik und der von den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses angewandten Strategie entwickelt;
2. die Versammlung in einer ihm angemessen erscheinenden Form über die Ergebnisse, Fortschritte und Perspektiven, die der Ständige Rüstungsausschuß in der von ihm durchgeführten Studie erarbeitet, zu unterrichten;
3. dafür Sorge zu tragen, daß der Ständige Rüstungsausschuß zu den Informationsquellen Zugang hat, die er benötigt, um seine Untersuchung in relativ kurzer Zeit abschließen zu können;
4. die Ergebnisse dieser Untersuchung sorgfältig zu prüfen, um auf dieser Grundlage Vorschläge vorzubereiten, die den zuständigen Behörden der Mitgliedsländer und den betreffenden europäischen Organisationen unterbreitet werden;
5. die Versammlung regelmäßig über die Fortschritte der Arbeiten in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe zu unterrichten;
6. die Beschränkungen zu prüfen, die Europa den Exporteuren und Importeuren von Rüstungsgütern nahe- und sich selbst auferlegen sollte, um zu vermeiden, daß der Waffenhandel das Wettrennen, insbesondere in Regionen, in denen der Frieden bedroht ist, begünstigt.

Donnerstag, 21. Juni 1979

Tagesordnungspunkt:

Die verschiedenen Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

(Drucksache 803)

Berichterstatte: Abg. Schlingemann

Schlußwort der Ausschußvorsitzenden:

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident, lassen Sie mich in Anbetracht der zeitlichen Situation nur einige kurze Sätze sagen. Natürlich schöpft der Bericht unsere Beziehungen zu Amerika nicht voll aus. Das kann er gar nicht; so etwas ist ganz ausgeschlossen. Aber das war auch gar nicht die Aufgabe.

Das, was wir dort gehört und erfahren haben, hat Herr Schlingemann in diesem Bericht ganz vortrefflich wiedergegeben. Der Ausschuß hat diesen Bericht mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Es kam vor, daß unsere amerikanischen Gesprächspartner uns sagten, wir seien „too European-minded“. Wir fanden demgegenüber, sie seien „too American-minded“. Aber damit muß man leben.

Es ist notwendig, daß wir den Änderungsantrag Nr. 1 annehmen, der den ganz wichtigen Komplex des Ols anspricht, der ja erst nach unserer Reise so gravierend geworden ist. Ich meine, daß der Bericht sehr gut ist.

Noch kurz zum Nahen Osten: Zwar hatten wir manchmal das Gefühl, daß auch unsere amerikanischen Gesprächspartner mit dem Ergebnis von Camp David nicht zufrieden waren bzw. daß sie wußten, daß damit noch längst nicht alles getan ist und noch eine ganze Menge im Hintergrund steht, aber es schien uns doch, daß die weltpolitische Gefahr, die sich in dieser Region zusammenbrauen kann, leider nicht ganz erkannt wurde. — Danke schön.

Empfehlung 334

betr. Die verschiedenen Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

Die Versammlung

nimmt von den zahlreichen amerikanischen Erklärungen zugunsten engerer Konsultationen mit Westeuropa in vielen Bereichen Kenntnis, bedauert jedoch, daß diesen Erklärungen nicht immer Taten folgen;

begrüßt auch, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Entwicklung der Europäischen Union

weiterhin als einen Faktor betrachtet, der für diese Zusammenarbeit vorteilhaft ist;

ist der Auffassung, daß die Zuflucht zum Protektionismus in einer ungünstigen Konjunkturlage eine schwerwiegende Gefahr für Europa darstellen würde und stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Vereinigten Staaten ebenso wie Westeuropa eine schrittweise Liberalisierung des internationalen Handels zum Ziel gesetzt haben;

ist der Auffassung, daß die Schaffung des europäischen Währungsfonds eine wichtige Etappe auf der Suche nach einem Gleichgewicht darstellt, das für die Entwicklung des Handels erforderlich ist;

ist der Auffassung, daß die Sicherheit Europas, die sich auf das Atlantische Bündnis stützt, in außenpolitischen Fragen eine bessere Konzertierung zwischen den europäischen Mitgliedern und den Vereinigten Staaten erfordert;

ist der Auffassung, daß diese Konzertierung nur in dem Maße verbessert werden kann, in dem es Westeuropa gelingt, selbst eine gemeinsame Außenpolitik festzulegen;

begrüßt den Erfolg der SALT II-Verhandlungen, ist aber der Auffassung, daß der Fortschritt der SALT-Gespräche, vor allem im Hinblick auf die SALT III-Verhandlungen, die Annahme gemeinsamer Positionen durch die europäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses erfordert;

begrüßt die von der amerikanischen Regierung bekundete Absicht, im Bereich des Rüstungshandels eine Zweibahnstraße zu errichten, ist aber besorgt, daß diese Orientierung der europäischen Zusammenarbeit in diesem Bereich schaden könnte;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. sicherzustellen, daß die Konsultationen zwischen den europäischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses ihnen gegenüber ihren amerikanischen Partner die Verteidigung einer Außenpolitik ermöglichen, die von der Gesamtheit der Mitgliedsländer der WEU im Einklang mit ihrem Streben nach Sicherheit und Freiheit der Völker ausgearbeitet worden ist;
2. insbesondere die Auswirkungen der Dislozierung neuer Waffen durch die Sowjetunion auf die Verteidigungspolitik Europas zu untersuchen;
3. regelmäßig eine kritische Überprüfung der strategischen Konzeptionen der NATO vorzunehmen;
4. sicherzustellen, daß die Durchführung einer europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsproduktion nicht von bilateralen Abkommen beeinträchtigt wird, die von den Vereinigten Staaten mit mehreren europäischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses geschlossen worden sind;
5. angesichts der jüngsten Entwicklungen die Notwendigkeit einer verstärkten Konsultation zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern im Bereich der Energieprobleme in Betracht zu ziehen.

Tagesordnungspunkt:

**Informationen über Verteidigungsfragen
für Parlamentsmitglieder**

(Drucksache 808)

Berichterstatter: Abg. Schlingemann